Uwe Werner

Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus

Uwe Werner

Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)

unter Mitwirkung von
Christoph Lindenberg

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Werner, Uwe:
Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus : (1933–1945) / Uwe Werner. Unter Mitw. von Christoph Lindenberg. – München : Oldenbourg, 1999
ISBN 3-486-56362-9

© 1999 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56362-9

Danksagung

Für zahlreiche Hilfen bei der Beschaffung der Dokumente und bei der Durchführung der Arbeit dankt der Verfasser:

- Dagmar von Wistinghausen, München, die im Auftrag der Christengemeinschaft Recherchen zur NS-Zeit durchführt und die Dokumentation zur vorliegenden Arbeit in wesentlichen Teilen ergänzte,
- Manfred Schmidt-Brabant, Dornach,
- Friedhelm Dörmann und dem Arbeitskollegium der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland,
- Götz Deimann und Bodo von Plato von der Forschungsstelle Kulturimpuls am Friedrich von Hardenberg Institut für Kulturwissenschaften, Heidelberg,
- Ruth-Stephanie Merz, Volker Reiter und Franziska von Nell, verantwortlich für die Textverarbeitung.

Allen sei hiermit für die Zusammenarbeit beim Zustandekommen der Arbeit gedankt. Ebenso sei all denen gedankt, die hier nicht einzeln namentlich aufgeführt werden, die aber aus ihrer persönlichen Erfahrung als Archivare oder aus anderen Zusammenhängen oft entscheidend zur Aufklärung einzelner Aspekte beigetragen haben.

Ein besonderes Wort des Dankes gilt Christoph Lindenberg. Seine Mitwirkung war bei Beschaffung und Durchsicht der Dokumentation ebenso entscheidend wie bei der Abfassung der vorliegenden Arbeit.

Inhalt

Einleitung 1

Die anthroposophische Bewegung vor der nationalsozialistischen Machtergreifung 5

Erster Teil: 1933–1936
Die Verteidigung Rudolf Steiners, das Ringen um die Existenz der Anthroposophischen Gesellschaft und der anthroposophisch orientierten Einrichtungen im entstehenden Machtgefüge des NS-Staates

1. Das Jahr 1933

Die neue Welle von Presseangriffen und die ersten Verteidigungsschritte der Anthroposophischen Gesellschaft 23
Die Einschätzung der Lage durch leitende Anthroposophen 26
Die Verteidigungsversuche über zentrale Partei- und Regierungsstellen 32
Zwischenbilanz 39
Zur Jahreswende 1933/34: Der Angriff im Pforzheimer Anzeiger, seine Wirkungen im nationalsozialistischen Lager und in der Anthroposophischen Gesellschaft 41

2. Auf dem Weg zum Verbot (1934–1935)

Einleitung 47
München, erste Jahreshälfte 1934: Ausgangspunkt der Polizeiaktion gegen die anthroposophische Arbeit 51
Die Verlagerung nach Berlin. Am 1. Juni 1934 wurde das Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft polizeiintern beschlossen 55
Die Erhebungen der Politischen Polizei über die Anthroposophische Gesellschaft in ganz Deutschland (Juli bis September 1934) 59
Gestapobeamte bei Zweigabenden. Beginn der Postüberwachung. Wie der deutsche Vorstand die Lage einschätzte 63
8. Mai 1935: Fertigstellung des entscheidenden SD-Berichts 66
Die Verteidigung durch Hermann Poppelbaum als Vertreter des deutschen Vorstandes 70
Der Austritt jüdischer Mitglieder aus der Gesellschaft 71
Das Einverständnis von Rudolf Hess und Wilhelm Frick 74
1. November 1935: Das Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland 76
Abschließende Bemerkung 80

3. Die fachlich orientierten anthroposophischen Einrichtungen 1933–1933/36

Einleitung 81
Die biologisch-dynamisch arbeitenden Landwirte und Gärtner 82
Die Entwicklung in Deutschland bis 1933 82
Der Angriff Marschlers und der Schutz von Hess 83
Zusammenfassende Bemerkungen 93
Die Waldorfschulbewegung 1933 – 1936 94
Einleitung 94
Erfolglose Schritte im Jahre 1933 98
Der Erlaß Mergenthalers vom 10. Februar 1934 107
Ein zweiter Anlauf: Die Verhandlungsführung mit dem Amt Hess und den Reichsministerien 1934 109
Die Krise von 1934 im Bund der Waldorfschulen 115
Die Initiative des Waldorfschulvereins: Mergenthaler nimmt seinen Erlaß zurück, aber die Verhandlungsführung entgleitet dem Kollegium 117
Rusts Vorhaben: Eine allgemeine Schüleraufnahmesperre für die Waldorfschulen 122
Frühjahr 1935: Mergenthalers allgemeine Schüleraufnahmesperre für die Waldorfschule Stuttgart. Die Vertrauenskrise zwischen Kollegium und Waldorfschulverein 123
Oktober 1935–April 1936: Durchsetzung des Stuttgarter Kollegiums, Schüleraufnahmesperre, Schließung der Altonaer Schule . 129
Die Christengemeinschaft (Bewegung für eine religiöse Erneuerung) 1933–1936 139
Einleitung 139
Das von der Gestapo geplante Verbot 142
Der Übergang der Christengemeinschaft in die Zuständigkeit des Reichs- und Preußischen Ministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten 146
Die Eurythmie, Angriffspunkt bei den künstlerischen Bestrebungen . 152
Das Verbot des Vereins zur Förderung goetheanischer Bühnenkunst 152
Neueröffnung des Eurythmeum in Stuttgart 157
Die Wiederzulassung der Eurythmie 157
Die „Heil- und Erziehungsinstitute für seelenpflegebedürftige Kinder und Jugendliche“ 161
Die Lage 1933 161
Die Verbote gegen die Heil- und Erziehungsinstitute Schloß Gerswalde und Schloß Hamborn 163
Bemerkungen zu den von 1933 – 1936 weniger betroffenen Bereichen: Das Verlagswesen, die anthroposophische Ärzteschaft, Kliniken und Sanatorien, die Heilmittelherstellung 166

4. Die unmittelbaren Folgen des Verbotes. Erfolglose und erfolgreiche Beschwerden. Die weitere Arbeit der Gestapo und der Beginn der „Literaturfrage“

Die offiziellen Anträge der Anthroposophischen Gesellschaft auf Rücknahme des Verbotes 169
Private Eingaben 172
Eine behördeninterne Aktion 173
Die Polizeiberichte über die Auflösung der Gesellschaft 174
Das Problem der Beschlagnahmung und Einziehung des Vermögens 175
Der Beginn der „Literaturfrage“: Das Verbot der Verbreitung der Wochenschrift „Das Goetheanum“ und der Bücher aus dem Philosophisch-Anthroposophischen Verlag am Goetheanum 177
Berichte verschiedener Dienststellen über das Verhalten der Anthroposophen nach dem Verbot 180

Zweiter Teil: 1936/37–1939/40
Die Berliner Verhandlungen um die Wiederzulassung anthroposophischer Arbeit in Deutschland. Die Schließung der Waldorfschulen. Die „Literaturfrage“ und die „Logenfrage“. Die Bestrebungen von Erhard Bartsch

Einleitung 185

1. Die Verhandlungen um eine Wiederzulassung der anthroposophischen Arbeit in Deutschland

Die Kontakte zu Hermann Göring und Lotar Eickhoff 187
Die Karlsruher Akten 190
Die Fassungen der Berichte des Sicherheitshauptamts über die Anthroposophie vom 10. April, 2. und 18. Mai 1936 192
Die Vorverhandlungen (März–April 1936) 194
Die Vereinbarungen vom 5. Mai 1936 196
Der „Studienkreis für die Geisteswissenschaft Rudolf Steiners“ in Bad Saarow und die letzte öffentliche Vortragsveranstaltung von Anthroposophen am 13. Dezember 1936 in Berlin 201

2. Eickhoffs Versuch, den Schwerpunkt der Verhandlungen ins Innenministerium zu verlagern. Baeumlers Gutachten über die Waldorfschulen. Hess' Eintreten für die Waldorfschulen (Der Glasglockenversuch)

Vorbemerkung 207
Die Entscheidungen der Kollegien über die „Wiederkonzessionierung“ 207

Lotar Eickhoffs neuer und letzter Versuch 214
Die Unterstützung der Dresdner Waldorfschule durch Rudolf Hess . 217

3. Die Schließung der restlichen Waldorfschulen
Das Verbot des „Vereins für ein freies Schulwesen" (Waldorfschulverein)

Die Schließung der Waldorfschulen in Stuttgart, Kassel und Breslau und die Umschulungskurse 225
Die Schließung der Freien Goethe Schule Wandsbek Ostern 1940 ... 228
Der letzte Versuch für die Hannoversche Waldorfschule 230
Die Schließung der Dresdner Rudolf Steiner Schule 232
Das Verbot der „Hilfskasse" und des Waldorfschulvereins 237

4. Die „Literatur"- und die „Logenfrage"

Einleitung 242
Das vorläufige Ende der Literaturfrage 243
Die Logenfrage im SD-Hauptamt 244
Otto Ohlendorfs Einstellung 246
Die Vorbereitung zum Gutachten Baeumlers über Steiner 249
Das Gutachten Alfred Baeumlers über „Rudolf Steiner und die Philosophie" und seine Auswirkungen 253
Der Ausgang der Logenfrage 260

5. Hess' erneuter Einsatz für die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise. Bartschs Initiativen. Himmlers Zugriff

Einleitung 266
Das drohende Verbot der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise im Reichsnährstand und im Reichsernährungsministerium sowie der Angriff der IG Farben 268
Bartschs Bestrebungen, seine Vorstellungen von einem erneuerten Landleben auf politischem Wege durchzusetzen 276
Himmlers Zugriff auf die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise .. 279

6. Die Weiterarbeit der deutschen Anthroposophen nach dem Verbot der Gesellschaft

Einleitung 287
Das Spektrum der Motive und Motivationen 295

Dritter Teil: 1940/41–1945
Die Gestapo-Aktion vom 9. Juni 1941. Der Weg der heilpädagogischen Institute. Das Schicksal der Weleda AG und die Hilfe der anthroposophischen Ärzteschaft

1. Der 9. Juni 1941

11. März–7. Juni 1941. Die Vorgeschichte der Gestapo-Aktion im Reichssicherheitshauptamt ... 301
Vor dem Englandflug von Rudolf Hess. Die Besorgnis Rosenbergs. Jakob Wilhelm Hauer tritt wieder in Erscheinung . 301
10. Mai 1941. Der Englandflug von Rudolf Hess und seine unmittelbaren Folgen für die anthroposophische Sache ... 303
Die Gestapo-Aktion vom 9. Juni 1941 ... 309
Die Intentionen der Machthaber ... 309
Vernehmungen, Verwarnungen und Verhaftungen einzelner Anthroposophen ... 311
Die Verhaftungswelle gegen die Pfarrer und das Verbot der Christengemeinschaft ... 317
Das Vorgehen der Gestapo gegen den Verlag der Christengemeinschaft ... 321
Die Eingaben von Wilhelm Schmundt, Jürgen v. Grone, Hellmuth von Ruckteschell und Hans Erdmenger ... 323
Auswirkungen der Gestapo-Aktion auf einzelne Mitglieder ... 326
Das Vorgehen gegen die biologisch-dynamisch arbeitenden Landwirte ... 327
Franz Lippert in der Heilkräuterversuchsanlage beim KZ Dachau ... 330
Nachwirkungen der Gestapo-Aktion ... 334
Nachspiele im NS-Regime ... 334
„Die Anthroposophie und ihre Zweckverbände“: Der Abschlußbericht des RSHA, neue Gutachten über Steiners Werk. Die Aufgaben Hauers. Eine Dissertation. ... 336
Das „schädliche und unerwünschte“ Schrifttum ... 342

2. Die anthroposophische Heilpädagogik, die Ärzteschaft und die pharmazeutischen Betriebe der Weleda AG während der letzten Jahre der NS-Herrschaft

Der Weg der heilpädagogischen Initiativen ... 344
Haus Spitzner in Bonnewitz ... 344
Lauenstein-Altefeld-Seewalde ... 346
Schloß Gerswalde in der Uckermark ... 347
Eckwälden ... 349
Schloß Hamborn ... 350

Pilgramshain 350
„Das Waldhaus“ in Malsch 353
Sanatorien und Kliniken 354
Das Schicksal der Weleda AG und die anthroposophische Ärzteschaft 356
Juni 1941 bis Februar 1942: Der „Politische Kampf“ 356
Zu Sigmund Rascher 361
Die Weleda in den letzten Kriegsjahren 362

Schlußwort 363
Anlagenverzeichnis und Anlagen 365
Verzeichnis der Quellen und Literatur 453
Abkürzungen 462
Personenregister 465

Einleitung

Erst in den letzten Jahren ist der Kampf der Nationalsozialisten gegen wirkliche oder vermeintliche ideelle Gegner wie die Freimaurer oder religiöse Sondergruppen, wie die Zeugen Jehovas oder die Baptistengemeinden, zum Gegenstand der Forschung geworden. Mit dieser Studie soll eine weitere Lücke in der Forschung geschlossen werden, indem die Unterdrückung der Anthroposophischen Gesellschaft, von anthroposophischen Einrichtungen und der Christengemeinschaft durch die nationalsozialistischen Machthaber untersucht wird. Schon die Formulierung des Themas zeigt an, daß man es bei den Anthroposophen, anders als beispielsweise bei den Zeugen Jehovas, die eine einigermaßen einheitliche Gruppe und ausschließlich religiös orientiert waren, mit einem relativ komplexen Gegenstand zu tun hat: Es bestanden zum Zeitpunkt der „Machtergreifung" in Deutschland nicht nur zwei Anthroposophische Gesellschaften, sondern daneben Waldorfschulen, Eurythmieschulen, heilpädagogische Heime, der Forschungsring der biologisch-dynamischen Landwirtschaft mit den ihm angeschlossenen Betrieben, anthroposophische Arztpraxen, eine pharmazeutische Fabrik, die Christengemeinschaft als Bewegung für religiöse Erneuerung und überdies entsprechende Zeitschriften und Verlage, die alle auf die eine oder andere Weise von anthroposophischen Ideen angeregt waren. Da diese Gruppierungen und Einrichtungen aber nicht in einem einheitlichen Verband zusammengeschlossen waren, sondern eigene Ziele verfolgten, ergab sich ein breites Spektrum von Auseinandersetzungen: Die Nationalsozialisten hatten es mit den Anthroposophen im engeren Sinne, mit Schulen, mit dem Verband der anthroposophisch orientierten Landwirte usw. zu tun und schätzten diese Gruppen und Einrichtungen auch unterschiedlich ein. Damit machte das Thema „Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus" eine Reihe von speziellen Untersuchungen notwendig, damit die ganze Breite des Themas untersucht werden konnte.

Zum Thema gehört nicht nur der Kampf der Nationalsozialisten gegen die Anthroposophen, sondern auch das Vorgehen und Verhalten der Anthroposophen, die eine Fortführung der anthroposophischen Arbeit und den Erhalt ihrer Einrichtungen ermöglichen wollten. Selbstdarstellung, Anbiederung und Widerstand, Verhandlungen mit nationalsozialistischen Instanzen waren ebenso zu untersuchen wie Sinn und Ziel dieser Versuche, zu überleben oder anerkannt zu werden. Dabei sind Versuche, sich mit den Machthabern zu arrangieren, von Täuschung und Tarnung zu unterscheiden.

Das Thema „Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus" war bisher als Ganzes noch nicht Gegenstand der Forschung. Die einzigen seriösen Versuche, sich mit dieser Frage zu befassen, betreffen die Waldorfschulpädagogik. Im Jahre 1983 veröffentlichte Achim Leschinsky aufgrund einer relativ schmalen Quellenbasis einige kritische Bemerkungen zum Verhalten von Waldorfschulen unter der NS-Diktatur. Auf diese Arbeit antworteten im gleichen

Jahr auf etwas breiterer Quellenbasis Stefan Leber und Manfred Leist. Es folgte dann 1984 und 1987 nach weiteren Recherchen eine Darstellung von Norbert Deuchert. Neben diesen Darstellungen veröffentlichte Arfst Wagner in den Jahren 1991 bis 1993 in fünf Folgen Akten und andere Quellen verschiedener Provenienz, z.T. aus dem Bundesarchiv Koblenz. Diese Publikation konnte aber – wenngleich sie wertvolles Material enthält – wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen. Darüber hinaus fehlten darin große Teile des Materials, das erst nach und nach aus den Archivbeständen der ehemaligen DDR und an vielen anderen Orten zum Vorschein kam. Abgesehen von den erwähnten Untersuchungen zu den Waldorfschulen wurde unser Thema sonst nicht wissenschaftlich behandelt.

Angesichts der relativ schmalen Quellenbasis war bisher vor allem eine Beurteilung des Verhaltens der Anthroposophen recht problematisch, weil viele Vorgänge unbekannt, andere nur bruchstückhaft belegt waren und damit der Zusammenhang einzelner Tatsachen, Äußerungen etc. nur schwer zu rekonstruieren war. Die Forschung gerade auf diesem Felde konnte mit einiger Zuverlässigkeit überhaupt erst beginnen, nachdem nach 1990 umfangreiche Aktenbestände eingesehen werden konnten.

Für diese Arbeit wurden Unterlagen aus 50 öffentlichen Archiven und 35 privaten Archiven und Sammlungen herangezogen. In einigen Fällen konnten Zeitzeugen befragt werden, doch gerade diese Befragungen ergaben nur noch wenig, da die meisten Zeugen der Vorgänge verstorben waren, bevor diese Arbeit begonnen wurde. Die Aktenlage erlaubte es, die Vorgänge im NS-Machtapparat relativ genau zu rekonstruieren, da sich namentlich in den damaligen Zwischenarchiven des Bundesarchivs in Dahlwitz-Hoppegarten hinreichend viele Unterlagen über die Vorgänge in Berlin fanden. Die Schwierigkeit der Untersuchung bestand darin, die anthroposophische Seite der Vorgänge in den Blick zu bekommen, da die Mehrzahl der führenden Anthroposophen sich ihrer prekären Situation durch die verschiedenen Formen der Überwachung und Bespitzelung bewußt war und dementsprechend ihre Ansichten über den Nationalsozialismus und ihre Absichten nicht offen darlegten oder zu Papier brachten. Immerhin konnten für diese Arbeit erstmals die Bestände des Archivs am Goetheanum, die zumindest Teile des Schriftwechsels zwischen der Dornacher Zentrale und der leitenden Gruppe der deutschen Landesgesellschaft enthalten, eingesehen werden. Der Schriftverkehr der zweiten Gesellschaft, der Anthroposophischen Arbeitsgemeinschaften, hingegen scheint nicht erhalten zu sein. Das „Sonderarchiv" des Zentralen Staatsarchivs in Moskau konnte nur teilweise und unter abenteuerlichen Bedingungen eingesehen werden. Auch ist der allergrößte Teil der Ergebnisse der Überwachung und der Vernehmungsprotokolle inhaftierter oder verhörter Anthroposophen in den letzten Monaten des Krieges durch den SD in Schlesiersee vernichtet worden. So haben sich nur ganz wenige direkte Belege für die wahre Meinung der Mehrzahl der Anthroposophen erhalten. Das meiste muß aus den verschiedenen Berichten des SD, aus der Tatsache der Inhaf-

tierung bestimmter Anthroposophen und deren späteren Berichten erschlossen werden.

Zu den Verhandlungen mit Behörden und Parteistellen, die eine kleine Gruppe von Anthroposophen in der Hoffnung unternahm, sich mit dem Regime zu arrangieren oder gar höherrangige Nationalsozialisten zu ihren Ansichten zu bekehren, gibt es genügend Unterlagen, die die Vorgänge verdeutlichen.

Merkwürdigerweise haben die Anthroposophen unmittelbar nach dem Jahre 1945 ihr Verhalten in der NS-Zeit nicht diskutiert oder ausführlicher dargestellt. Das ist zum allergrößten Teil darauf zurückzuführen, daß man nach dem Krieg im Neuaufbau der anthroposophischen Arbeit, mit der Wieder- oder Neugründung von Schulen etc. hinreichend viel zu tun hatte, aber wohl auch damit, daß man jeden Mitarbeiter brauchte und mehr oder weniger bewußt darauf verzichtete, Kontroversen über das Verhalten einiger Anthroposophen in der NS-Zeit zu erneuern. Damit fehlt dieser Untersuchung ein wichtiger Bestandteil. Die inneranthroposophischen Kontroversen, die es zwischen 1933 und 1941 gab, können nur aus wenigen Zeugnissen erschlossen werden.

Mit der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die Vorgänge im Zusammenhang der Verfolgung der Anthroposophen durch die Nationalsozialisten auf beiden Seiten, der anthroposophischen und der nationalsozialistischen, so genau als möglich zu rekonstruieren und zu beschreiben. Es wird dabei schlicht chronologisch und nach Sachgebieten gegliedert vorgegangen. Es wird in dieser Untersuchung weder die Absicht verfolgt, jemanden anzuklagen noch zu entschuldigen. Vielmehr geht es darum, die handelnden Menschen, hier namentlich die Anthroposophen, möglichst genau zu verstehen. Das heißt in unserem Falle, ihre zeit- und situationsbedingten Motivationen und Handlungsweisen zu erkennen und Menschen und Vorgänge nicht ausschließlich nach unseren heutigen Maßstäben und Erkenntnissen zu beurteilen. Damit soll freilich keiner Kritik- und Urteilslosigkeit das Wort geredet werden, aber die Menschen sollen zunächst an ihren eigenen Maßstäben und Absichten gemessen werden.

Die anthroposophische Bewegung vor der nationalsozialistischen Machtergreifung

Unter den zahlreichen am Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenen Erneuerungsbewegungen, die vom Expressionismus, dem Werkbund und dem Bauhaus, von der Lebensreform bis zur Reformpädagogik und der Jugendbewegung reichen, nimmt die Anthroposophie Rudolf Steiners eine besondere Stellung ein. Sie erhebt – bis zum heutigen Tage ungebrochen – den Anspruch, auf der Grundlage einer Erkenntnis der „höheren Welten" – also übersinnlichen Welten – universelle Lösungswege für die Fragen der Zeit finden oder entwikkeln zu können. Man kann auch nicht leugnen, daß die weltweit verbreiteten anthroposophischen Initiativen auf pädagogischen, heilpädagogischen, medizinischen, landwirtschaftlichen und sozialen Feldern für das allgemeine Kulturleben manche Anregung gebracht haben.

Ein Zentrum der anthroposophischen Arbeit war das Goetheanum in Dornach (Schweiz), wo 1923 die Allgemeine Anthroposophische Gesellschaft – die in anderer Form bereits seit 10 Jahren bestand – unter der Leitung Steiners neu gegründet worden war. Von einer „Freien Hochschule" ausgehend sollte die anthroposophische Arbeit auf allen Fachgebieten und in allen Ländern, wo anthroposophische Gruppen tätig waren, gefördert werden. Der vorzeitige Tod Steiners (1925) bedeutete keineswegs das Ende dieser Bestrebungen, aber es kam unter den Nachfolgern Steiners zu teils persönlich, teils sachlich motivierten Konflikten über die Frage, wie die Arbeit fortzusetzen sei. Während auf praktischem Felde durch Gründung neuer Schulen, heilpädagogischer Heime und therapeutischer Zentren sowie durch die Fortsetzung der Experimente der biologisch-dynamischen Landwirtschaft manche Erfolge erzielt wurden, kam es in organisatorischer Hinsicht zu Rückschlägen, insbesondere zu Spaltungen in der Anthroposophischen Gesellschaft selbst. Im Verlauf dieser Konflikte wurde 1931 die deutsche Landesgesellschaft aufgelöst und als eine Gesellschaft neu formiert, die sich an eine von Dornach ernannte Initiativgruppe anschloß. Die von dem 1.Vorsitzenden der Dornacher Zentrale ernannte „Initiativgruppe", um die sich die Mehrheit der deutschen Anthroposophen scharte, wurde von Dr. Hermann Poppelbaum (Hamburg) geleitet. 1932 gehörten zu dieser „Initiativgruppe", die de facto als Landesvorstand fungierte: Moritz Bartsch (Breslau), Dr. Hans Büchenbacher (Stuttgart), Alfred Reebstein (Karlsruhe), Ernst Stegemann (Gut Marienstein b. Göttingen), Alexander Strakosch (Stuttgart). Andererseits gründete sich eine Anthroposophische Arbeitsgemeinschaft, die engen Kontakt mit der niederländischen und der britischen Landesgesellschaft hielt. Die Geschäftsführung der „Anthroposophischen Arbeitsgemeinschaft" wurde von Jürgen von Grone wahrgenommen. Der führende Kopf dieser Gruppierung war Dr. Eugen Kolisko. Insgesamt war deshalb die anthroposophische Bewegung sehr geschwächt: die Zahl der Mitglieder war in Deutschland von etwa 11 000 auf etwa 7 000 gesunken, und durch die Spal-

tung verloren urteilsfähige und erfahrene Mitglieder an Einfluß. Der überwiegende Teil der Aufmerksamkeit und Energie richtete sich nicht auf allgemeine politische Angelegenheiten, sondern auf Konflikte in den eigenen Reihen.

Diese Konflikte innerhalb der Anthroposophischen Gesellschaft kamen auch im Jahre 1933, als die gesellschaftliche und politische Situation in Deutschland bedrohlich wurde, zu keinem Ende. Sie wuchsen vielmehr bis 1935 und kosteten viel Zeit und Energie. Schließlich wurde eine Reihe von Mitgliedern, unter ihnen Jürgen von Grone und Eugen Kolisko, sowie die Leiter der britischen und niederländischen Landesgesellschaften, Daniel Nicol Dunlop und Dr. F. Willem Zeylmans, ausgeschlossen.

Die anthroposophische Arbeit wurde aber nicht nur durch die inneren Auseinandersetzungen gelähmt, sondern auch durch die wirtschaftliche Krise der Jahre 1930/34, da sie ganz und gar auf freie Spenden und Mitgliederbeiträge angewiesen war. Das kann unter anderem an den beiden in Deutschland erscheinenden anthroposophischen Zeitschriften abgelesen werden: Die Monatsschrift „Die Drei" mußte ihr Erscheinen 1930 einstellen. Die Wochenschrift „Anthroposophie" wurde im September 1931 in eine Monatsschrift, 1932 in eine Vierteljahresschrift verwandelt.

Im Gegensatz zu diesen bedrückenden Tatsachen zeigte die Arbeit einzelner Anthroposophen in den Jahren 1930 – 1935 durchaus solide und gute, ja teilweise beachtliche Leistungen. So legten die anthroposophischen Naturforscher Lili Kolisko, Hermann Poppelbaum,[1] Ehrenfried Pfeiffer und Gerbert Grohmann beachtenswerte Studien und Untersuchungen vor, Albert Steffen veröffentlichte einen vorzüglichen Essayband „Goethes Geistgestalt", Friedrich Rittelmeyer[2] und Emil Bock[3] verfaßten in diesen Jahren grundlegende Werke zu religiösen und geistesgeschichtlichen Fragen. In diesen Arbeiten findet weder das in jenen Jahren verbreitete Krisengerede, die aufgeregte Botschaft von einer Weltwende, noch der Chiliasmus des Tat-Kreises oder die Apokalyptik eines Wilhelm Stapel Ausdruck. Es ist erstaunlich, in wie geringem Maße dem „Zeitgeist" gehuldigt wurde. Man beschränkte sich also im wesentlichen auf eine Ausarbeitung anthroposophischer Themen, wozu das Goethe-Jahr 1932 besonderen Anlaß bot.

Die politischen Verhältnisse im engeren Sinne waren zu Beginn der dreißiger Jahre in der anthroposophischen Publizistik kein Thema. Nur in der Wochenschrift „Anthroposophie" finden sich im Jahre 1930 eher allgemein gehaltene Betrachtungen zur Weltlage: zum Bolschewismus, zur Europafrage, zur Arbeitslosigkeit und zur Deflation sowie zur Parteienkrise. Aber im Jahrgang 1931 wurden diese Beiträge nicht fortgesetzt. Es erschien den Herausgebern müßig, zu der ihnen fragwürdig erscheinenden Politik Brünings oder der Präsidialdiktatur von Papens ständig Stellung zu nehmen. Nachdem die National-

[1] Hermann Poppelbaum, s. Anlage 24.
[2] Friedrich Rittelmeyer, s. Anlage 24.
[3] Emil Bock, s. Anlage 24.

sozialisten im November 1932 bei den Reichstagswahlen eine Schlappe erlitten hatten, glaubte man mancherorts, daß die braune Flut abebbte.

So traf der 30. Januar 1933 die Anthroposophische Gesellschaft völlig unvorbereitet: die Gesellschaft hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt nie veranlaßt gesehen, sich praktisch um politische Fragen zu kümmern oder sich gegenüber Behörden oder politischen Parteien darzustellen. Man hatte sich als eine Vereinigung spirituell interessierter Menschen seinen Studien gewidmet und sich mit seinen eigenen Angelegenheiten befaßt. Mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und deren Anspruch, alle Tätigkeiten in Deutschland „gleichzuschalten" und in allen Fragen mitzureden, wurde das schlagartig anders. Plötzlich wurde man gezwungen, sich vor einem politischen Forum darzustellen.

Die Anthroposophische Gesellschaft verstand sich jedoch als durchaus unpolitische Vereinigung, die namentlich mit politischen Parteien nichts zu tun hatte. Man sah sich selbst vorzugsweise als wissenschaftliche Gesellschaft, die wie eine damalige Mathematische oder Physikalische Gesellschaft zu politischen Stellungnahmen in keiner Weise aufgerufen oder qualifiziert war. Mit diesem Selbstverständnis hatte man bis zum 30. Januar 1933 ganz gut leben können, da der Staat sich um Vereine von der Art der Anthroposophischen Gesellschaft nicht kümmerte. Auch innerhalb der Anthroposophischen Gesellschaft spielten politische Präferenzen keine bedeutsame Rolle.

Seit 1917 hatte Steiner in Vorträgen den Nationalismus als ein rückschrittliches Element in der neueren Menschheitsentwicklung gekennzeichnet und geltend gemacht, daß für die Zukunft ein internationales oder übernationales Element allein zum Gedeihen des sozialen Lebens beitragen könne.[4] Auf nationalistischer und nationalsozialistischer Seite galten Steiner und die Anthroposophen seit 1919 als Feinde. Bereits 1919 hatte Dietrich Eckart in seinem Blatt „Auf gut Deutsch" anläßlich der Gründung der Stuttgarter Waldorfschule Steiner angegriffen und ihn als Juden bezeichnet. Am 15. März 1921 wurde Steiner im Zusammenhang mit einer Attacke auf den deutschen Außenminister Simons in einem Artikel Adolf Hitlers im „Völkischen Beobachter" als Protagonist der „Zerstörung der normalen Geistesverfassung der Völker" apostrophiert. In diesem Sinne äußerten sich auch Alfred Rosenberg und Erich Ludendorff sowie der General a.D. Gerold von Gleich, der mit seiner Hetzkampagne vor allem in Stuttgart großes Aufsehen erregte.

Unmittelbarer Anlaß für die Bemerkungen Hitlers zu diesem Zeitpunkt war vermutlich die oberschlesische Dreigliederungsaktion. Für März 1921 war für Oberschlesien eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit zu Deutschland oder Polen vorgesehen. Steiners Vorschlag, von einer staatlichen Angliederung zunächst abzusehen und auf diesem Gebiet die Dreigliederung einzuführen, brachte ihm in der Frankfurter Zeitung vom 4. März den Vorwurf ein, ein Verräter am Deutschtum zu sein. Diese Qualifizierung wurde sofort in deutschen Tageszeitungen von der Gegnerschaft Steiners zitiert. Hitler verwies in sei-

[4] Vortrag vom 22. März 1919, GA 190, S. 34.

nem Artikel gegen Simons indirekt auf die oberschlesische Frage, indem er spekulierte, daß Simons unter dem Einfluß Steiners vielleicht noch vorschlagen werde, Oberschlesien abzutreten, um das Ruhrgebiet für Deutschland zu erhalten.[5]

Rudolf Steiner trat besonders in den Jahren 1919 – 1922 öffentlich für die soziale Dreigliederung ein. Diese Bestrebungen zielten im Kern auf eine Entmachtung des „Einheitsstaates" – so nannte es Steiner – und standen jeglichem Totalitarismus entgegen. Sie störten das politische Machtstreben völkischer Kreise, nicht zuletzt auch das der Nationalsozialisten. Überhaupt trat Steiner für eine geistige und soziale Erneuerung ein, die auf einer ganz anderen Linie lag als die der völkischen Bewegung. Am 15. Mai 1922 beabsichtigten dann Ludendorff-Anhänger, im Münchener Hotel „Vier Jahreszeiten" einen Vortrag Steiners zu stören und eine Saalschlacht zu provozieren. Da dies aber den Münchener Anthroposophen vorher bekannt geworden war, konnten sie reagieren. Steiner konnte seinen Vortrag beenden, und erst anschließend kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung, bei der aber die Anthroposophen die Oberhand behielten.[6] Ein ähnlicher Störversuch rechtsradikaler Gruppen in Elberfeld wurde vor den Saaltüren abgewehrt. Nachdem am 10. November 1923 der Putschversuch Ludendorffs und Hitlers in Dornach bekannt wurde, soll Steiner bemerkt haben: „Wenn diese Herren an die Regierung kommen, kann mein Fuß deutschen Boden nicht mehr betreten."[7] Nach einer anderen Quelle sagte er: „Wenn diese Gesellschaft sich durchsetzt, bringt dies für Mitteleuropa eine große Verheerung."[8] Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß Steiner damals die Gefahren, die mit den Nationalsozialisten heraufzogen, richtig einschätzte und in deren Vorgehensweise ein Hindernis für seine eigene Betätigung sah.[9]

[5] Adolf Hitler, Staatsmänner oder Nationalverbrecher, in: Völkischer Beobachter, 35. Jg., 15. März 1921, S. 2. Zu der Dreigliederungsbewegung vgl.: Christoph Lindenberg, Rudolf Steiner, eine Biographie, Stuttgart 1997, S. 727.

[6] Siehe dazu z. B. in der Münchner Wochenschrift Heimatland, Folge 19, 1922, S. 3: „Und jetzt will dieser Anthroposophieheiland nach München kommen [...]. Gibt es in München keine deutsch fühlenden Männer mehr, die die Ankunft eines solchen Schurken verhindern?". Vgl. auch Münchner Zeitung vom 19. Mai 1922, Münchner Neueste Nachrichten, 21. Mai 1922, Basler Nachrichten 22. Mai 1922, VB vom 27. Mai 1922 u. v. a.

[7] Anna Samweber, Aus meinem Leben, Basel 1981, S. 44

[8] Karl Lang, Lebensbegegnungen, Benefeld 1972, S. 67

[9] Steiner äußerte sich damals auch mehrfach über die Verwendung des Hakenkreuzes. Diese Bemerkungen wurden allerdings erst im Zuge der Gesamtausgabe seiner Werke in den sechziger Jahren bekannt. Sie enthalten jedoch so etwas wie eine Warnung vor den Folgen eines Mißbrauchs dieses Symbols, so z. B.: „Man weiß da, wo große Politik gemacht wird, wie man auf Menschenseelen wirkt. Man weiß, was der Siegeszug des Hakenkreuzes, der Swastika, das eine große Anzahl von Menschen in Mitteleuropa bereits trägt, [...] man weiß, was dieses bedeutet, aber man will nicht hinhorchen [...]", oder: „Solche Zeichen, Hakenkreuze, Swastiken, mit denen heute in Deutschland so viel Unfug getrieben wird [...]." Vortrag Steiners vom 27. August 1920, in: GA 199, S. 161, und Vortrag Steiners vom 10. September 1923, in: GA 350, S. 276.

Zu Beginn der dreißiger Jahre betrachteten auch die Anthroposophen den Nationalsozialismus als Gefahr. Der Historiker Karl Heyer[10] unterstrich das in seiner privaten Korrespondenz. So zum Beispiel im März 1931: „Die nationalsozialistische Gegnerschaft beobachte auch ich mit ganz besonderer Sorge. Armes deutsches Volk! [...]" oder im Oktober 1931: „Zu alledem kommt noch, daß seit mehr als einem Jahr über unser aller Häuptern die Gefahr einer Rechtsdiktatur schwebt. Was in unsern unruhigen Zeiten da als Verfolgungen, Verbote und dergl. kommen könnte, weiß der Himmel [...], vielleicht kommen solche Zeiten schon sehr bald. Man weiß nicht. Aber man müßte mit dieser Gefahr ernstlich rechnen [...]."[11]

Friedrich Rittelmeyer äußerte sich im Juli 1932 zum – von Hitler so deklarierten – „Kampfjahr 1932" und zur Idee des „Herrenvolkes": „Man will kämpfen [...]. Gerade was den Deutschen in der Geschichte groß gemacht hat: der Geist und die Menschlichkeit – gerade das wird abgetan [...]. Kann es eine größere Illusion geben als wenn man verkündigt: Wir werden uns nichts gefallen lassen, dann werden die anderen Völker schon sehen, daß sie mit uns paktieren müssen [...]. Der große Bund mit der Wahrheit und mit der Menschlichkeit ist es, was allein Deutschlands Zukunft sichern kann."[12]

Schon 1929 sagte Dr. Eugen Kolisko auf der Generalversammlung der deutschen Landesgesellschaft:

„Man sieht wie dämonische Mächte das Geschehen ergreifen und die Menschen umspinnen [...]. Während scheinbar moralische Prinzipien und Phrasen bei den leitenden Menschen herrschen, bereitet sich unten ein Mechanismus vor, der in jedem Moment mit größerer Sicherheit und Schnelligkeit als im Jahre 1914 eine ungeheure Katastrophe hervorrufen kann [...]. Auf der anderen Seite ballt sich [...] zusammen das nationale und Rassen-Element. Gerade in der jetzigen Zeit könnte man viele Stunden sprechen, um zu zeigen, wie die nationalen Katastrophen, die alten Rassenimpulse und dergleichen heraufkommen [...]."[13]

Hermann Poppelbaum äußerte sich in diesem Sinne, z. B. in einer Bemerkung zu Hermann Wirths Buch über den Aufgang der Menschheit: es „führt trotz seines außerordentlichen Materials nicht zu klaren und objektiven Ideen, sondern spinnt den Leser ein in Rasseegoismen und überhebliche und illusionäre Identifizierung [...]."[14]

Der SD selbst hatte später keine Mühe, eine Reihe ähnlicher Zitate aus den zwanziger Jahren von Steiner, Uehli, Polzer-Hoditz, Unger u. a. zusammen-

[10] Karl Heyer, s. Anlage 24.

[11] Karl Heyer an Walter Conradt vom 3. März 1931, an Moritz Bartsch vom 11. Oktober 1931. Beide BAK R 18/405, 408. Heyers private Korrespondenz gelangte teilweise in die Hände des SD.

[12] Vgl. Maria Zelser, Stuttgart unterm Hakenkreuz, Stuttgart 1984.

[13] Ausführungen von Dr. Eugen Kolisko bei der Generalversammlung der deutschen Landesgesellschaft, Stuttgart 10. - 12. Mai 1929. SAM.

[14] Hermann Poppelbaum, Bericht des Pythagoras-Zweiges, Hamburg, vom 8. September 1931. BAD Z/B 1 903. Diese Passage wurde von den Sachbearbeitern des Sicherheitsdienstes, die die im März 1936 beschlagnahmten Akten studierten, markiert.

zustellen, um sie als Beweis für den Antinationalismus der Anthroposophischen Gesellschaft ins Feld zu führen.[15]

Aber diese Problematik war kein Hauptthema innerhalb der Gesellschaft. Vor dem 30. Januar gab es jedenfalls keine grundlegende Diskussion über den Nationalsozialismus, vor allem hatte man sich keine Gedanken über das eigene Verhalten im Falle einer nationalsozialistischen Revolution gemacht. Wie auch andere konnte man sich ein Leben unter einer totalitären Herrschaft einfach nicht vorstellen.

Sehr schnell bemerkte man schon im Februar 1933, daß man sich nicht mehr unbefangen äußern konnte. Nach dem 30. Januar 1933 war eine Diskussion über den Nationalsozialismus und eine Abstimmung untereinander über das eigene Vorgehen nur noch im kleinsten, vertrauten Kreise möglich. Jeder einzelne mußte sich für sich ein Urteil bilden. Die Überwachung und die Gleichschaltung hatten begonnen. Relativ schnell sah man sich in den Zweigen und Arbeitsgruppen, in der Landesgesellschaft sowie in Dornach zu Reaktionen veranlaßt. Es galt, Erklärungen abzugeben und sich darzustellen. Da schon seit vielen Jahren falsche, irreführende und verleumderische Behauptungen über Rudolf Steiner und die Anthroposophie verbreitet wurden, ergriff man diese Gelegenheit und stellte überdies geschickt jene Aussagen Steiners in den Vordergrund, in denen dieser für das Deutschtum eintrat, ja man stellte Anthroposophie selbst als die edelste Blüte echten Deutschtums dar und hoffte, so das Problem gelöst zu haben, das heißt, nunmehr in Ruhe gelassen zu werden.

Diese Stellungnahmen waren keineswegs als umfassende Beschreibungen der Anthroposophie gedacht, sondern ganz pragmatisch als Abwehr- und Schutzbehauptungen, die die ungestörte Fortführung der anthroposophischen Arbeit sichern sollten.

Der Wille, die Arbeit in Deutschland fortzusetzen, entsprang verschiedenen Motiven. In erster Linie sah man in einer spirituellen Arbeit überhaupt ein Element, das in Deutschland nicht untergehen dürfe. Die Pflege ideeller und geistiger Erkenntnis – auch in kleinen Gruppen – war in den Augen der Anthroposophen etwas, was im geistigen Klima eines Volkes nicht fehlen durfte. Man hoffte, daß von der anthroposophischen Arbeit früher oder später eine geistige Orientierung für größere Gruppen ausgehen könnte. Für die Waldorfschulen handelte es sich darum, zumindest für die diesen Schulen anvertrauten Kinder eine Kindheit und Jugendzeit zu ermöglichen, in der die jungen Menschen sich wirklich rein menschlich entfalten können, ohne bereits von den Absichten und Zwecken eines fragwürdigen Staates in Anspruch genommen zu werden. Für die heilpädagogischen Heime ging es darüber hinaus ganz entscheidend darum, das Leben der ihnen Anvertrauten zu schützen. Für die Landwirte, Bauern und Gärtner, die den Anregungen der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise folgten, hätte der Abbruch ihrer Arbeit den Verrat an der heilenden Pflege des Bodens bedeutet. Die Ärzte und Pharmazeuten hätten gegen

[15] Vgl. Anlage 10.

ihre Einsicht handeln müssen, wenn sie ihre therapeutischen Verfahren aufgegeben hätten.

Um den Fortgang der Arbeit zu ermöglichen, wurden möglichst unverfängliche Stellungnahmen verfaßt, wobei man sich bemühte, im ganzen Deutschen Reich zu einheitlichen Erklärungen zu kommen. Man bat alle Mitglieder, auf persönliche Äußerungen zu verzichten, weil man Ausrutscher befürchtete. Angesichts der bereits einsetzenden Überwachung sah man sich nicht in der Lage, allgemein, etwa durch Rundschreiben oder Vorträge, prinzipiell auf die Fragwürdigkeit des Nationalsozialismus hinzuweisen. Doch gab es zumindest eine ganze Reihe führender Mitglieder, die dem Nationalsozialismus kritisch-ablehnend gegenüberstanden und dies auch hätten begründen können. Nach der Aussage Hans Büchenbachers stand die gesamte Initiativ-Gruppe, d. h. also der Landesvorstand, der NS-Bewegung ablehnend gegenüber. Auch Dr. Karl Heyer, Sigismund von Gleich, Dr. Eugen Kolisko, Lili Kolisko, Kurt Walter und viele andere lehnten den Nationalsozialismus ab. Andererseits war damit zu rechnen, daß zumindest eine Reihe Mitglieder geneigt war, „das Gute" in der NS-Bewegung zu sehen oder sie gar zu begrüßen. Für diesen oder jenen konnte es auch praktische Gründe geben, sich mit den Machthabern zu arrangieren und zugleich zur Bewahrung des guten anthroposophischen Gewissens nach Übereinstimmungen zwischen der NS-Bewegung und der Anthroposophie Ausschau zu halten.

Wer nach solchen scheinbaren Übereinstimmungen mit dem Nationalsozialismus suchte, konnte bei Steiner Aussagen finden, die aus ihrem Kontext gerissen in ihrem Wortlaut sehr ähnlich klangen. Da war zunächst die Betonung der Mission des Deutschtums. Nach Ansicht Steiners hatte sich im Lauf der vergangenen Jahrhunderte – etwa seit der Zeit Wolfram von Eschenbachs und Walter von der Vogelweides – innerhalb des Deutschtums durch einzelne Menschen der zarte Keim einer Seelenhaltung gebildet, durch die das einzelne, freie Individuum sich selbständig, als Person zum Geistigen erhebt und das Geistige in sich selbst erlebt. Steiner hatte zu zeigen versucht, wie in ganz unterschiedlicher, höchst individueller Weise Menschen wie Jakob Böhme oder Johann Gottlieb Fichte den „Seelenweg zum Geiste" gegangen waren, wie Goethe durch persönliche Schulung die Methode entwickelt hatte, die sinnlich-übersinnliche Form in der Natur unmittelbar anzuschauen. Durch diesen Keim persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten hatte das Deutschtum für die zukünftige Menschheitsentwicklung die allergrößte Bedeutung, und die Anthroposophie selbst war das Ergebnis dieser mitteleuropäischen geistesgeschichtlichen Entwicklung. Daß Steiner mit dem Worte Deutschtum aber etwas ganz anderes meinte als die Nazis, ergab sich aus der Tatsache, daß er damit auf eine geistige Linie deutete, die von Jacob Böhme, Angelus Silesius zu Goethe, Novalis und Schelling ging. Deutschtum war bei Steiner ein geistesgeschichtlicher Begriff, während er bei den Nazis biologisch-rassistisch gefaßt war.

Die Anthroposophen machten ihre Orientierung an dem nach ihrer Ansicht wahren Deutschtum in ihrer Stellungnahme vom Frühjahr 1933 unmißver-

ständlich deutlich, indem sie die Anthroposophie als eine Wissenschaft vom Geist bezeichneten und hinzufügten: „Diese Wissenschaft ist von Rudolf Steiner entwickelt worden in Anknüpfung und Fortführung der Gedankenwelt und der moralischen Impulse des deutschen Geisteslebens, besonders des deutschen Idealismus eines Fichte, Goethe, Schiller, Hegel. Die Anthroposophie vermittelt die Erkenntnis der in ihrem tiefsten Wesen christlichen Kräfte des deutschen Volksgeistes."[16]

Andererseits griffen in der NS-Zeit verschiedentlich Anthroposophen zu dem Verteidigungsmittel, aus Steinerschen Äußerungen scheinbare Parallelen zu politischen Einstellungen der Nationalsozialisten zu konstruieren. Das war vor allem der Fall in den Fragen der Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs, des Versailler Vertrags und des Anti-Intellektualismus.

So findet man bei Steiner Äußerungen, in denen er die Schuld des deutschen *Volkes* am Ausbruch des Ersten Weltkrieges bestreitet. Man hat das immer wieder im Sinne des Kampfes gegen die „Kriegsschuldlüge" in Anspruch nehmen wollen, und teilweise besteht diese Inanspruchnahme auch zu Recht, man ließ aber zwei ganz entscheidende Dinge weg: so heftig Steiner das deutsche *Volk* zeitweilig verteidigte, so energisch griff er die deutsche Führung, die Politik der leitenden Staatsmänner an. Bis heute besteht bei manchen Interpreten die Neigung fort, Steiner einseitig als Bekämpfer der „Kriegsschuldlüge" zu sehen. In diesem Sinne kann man auch Äußerungen Steiners finden, die in der Haltung der Gegner Deutschlands die tieferen Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges sehen wollen. Ebenso findet man aber auch ganz andere Äußerungen, die im Versagen der deutschen Politik, im Nicht-Ergreifen bestimmter Aufgaben durch Deutschland die tieferen Ursachen des Krieges sehen. Aus heutiger Sicht kann man den Eindruck gewinnen, daß Steiner selbst durch seine vielfältigen und wohl auch nicht ganz widerspruchsfreien Äußerungen den Mißbrauch seiner Aussagen ermöglicht hat.

Auch die Ablehnung des Versailler Friedensvertrages wurde von deutschen Anthroposophen immer wieder angeführt. Steiner hatte die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles für einen politischen Fehler und den Vertrag in seinen Folgen für verhängnisvoll gehalten. Er hatte aufgrund seiner persönlichen Bekanntschaft mit dem Chef des Generalstabs Helmuth von Moltke detaillierte Kenntnisse über die Vorgänge bei Kriegsausbruch im Juli und August 1914. Daraus ergab sich für ihn, daß man der damaligen politischen Führung Deutschlands wohl Verwirrung und Unfähigkeit, aber keinen bewußten Kriegswillen vorwerfen könne. Damit müsse auch – so meinte Steiner – die in diesem Sinne gemeinte Schuldzuweisung des Versailler Vertrages hinfällig werden. Steiners Versuche, diesem Gesichtspunkt zur Anerkennung zu verhelfen, scheiterten nicht zuletzt an dem Widerstand militärischer Kreise, die die Schwäche der deutschen politischen Führung bei Kriegsausbruch nicht wahr-

[16] „Grundsätze für die Arbeit der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland" in: Anthroposophie, April-Juni 1933, Buch 3, S. 253.

haben wollten.[17] Daraus erwuchs Steiner eine Gegnerschaft, die seine Bekanntschaft mit Moltke nutzte, um ihm schließlich den Vorwurf zu machen, diesen okkult beeinflußt zu haben, was den Verlust der Marneschlacht und schließlich die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg zur Folge gehabt habe.[18] Die Nationalsozialisten befaßten sich damals keineswegs mit Steiners Stellungnahmen zum Kriegsausbruch und zum Versailler Vertrag. Erst als Ludendorff-Anhänger 1933 die These von der okkulten Beeinflussung Moltkes durch Steiner neu verbreiteten, kam sie auch den Nationalsozialisten in ihrem Kampf gegen die Anthroposophie gelegen.

Den Eindruck einer Verwandtschaft mit den Thesen einer antideutschen Weltverschwörung versuchten einige Anthroposophen mit jenen Ausführungen zu erwecken, die Steiner während des Ersten Weltkrieges über die Tätigkeit westlicher Geheimgesellschaften gemacht hatte und die man in der Fassung des Buches von Karl Heise, Die Entente-Freimaurerei und der Erste Weltkrieg, den Machthabern andiente.

Eine weitere scheinbare Verwandtschaft zu nationalsozialistischen Auffassungen wurde mit Steiners Kennzeichnung der westeuropäischen und amerikanischen Geistigkeit konstruiert. Eine zutreffende Beschreibung der westlichen Geistesart im Sinne Steiners wäre eine längere Untersuchung wert. Verkürzt dargestellt ist das westliche Denken durch Intellektualismus und Materialismus geprägt. Die Welt ist das mechanische Produkt zufälliger Selektionen im Sinne von Newton, Laplace und Darwin. Letztlich ist die Welt nur statistisch erfaßbar. Diesem westlichen Denken, das dann im Liberalismus und Parlamentarismus, d. h. in den Zufällen des Marktes und der parlamentarischen Abstimmungsmaschinerie wirksam wird, wird eine andere Weltauffassung entgegengestellt.

Bei den Anhängern des Nationalsozialismus ist bekanntlich eine antiintellektualistische und antimaterialistische Weltauffassung ansatzweise vorhanden: so beispielsweise in der Deutschen Physik von Johannes Stark und Philipp Lenard, bei Alfred Baeumler in der Philosophie und bei manch anderen Gelehrten.

Auch innerhalb mancher anthroposophischer Kreise hatte der anti-westliche und anti-intellektuelle Affekt, der selbst nach einem sehr einfachen intellektuellen Schema verfuhr, indem er den Willen gegen den Intellekt, den Charakter gegen das Wissen, das Blut gegen den Nerv, das Herz gegen den Kopf etc. ausspielte, einzelne Vertreter der Anthroposophie für jene Parolen der NS-Bewegung anfällig gemacht, die ebenfalls Wille, Tat und Blut betonten. Ein Beispiel für diese Anfälligkeit liefert Roman Boos in seiner Einleitung zu „Ru-

[17] Diese Vorgänge sind ausführlich in der französischen Tageszeitung Le Matin vom 5. Oktober 1921 sowie in Das Goetheanum 1. Jg., Nr 9 vom 16. Oktober 1921 und in der Zeitschrift Dreigliederung des sozialen Organismus 3. Jg., Nr. 17 vom 26. Oktober 1921 sowie Nr. 19 vom 10. November 1921 dokumentiert.

[18] Vgl. zu diesen Vorgängen Christoph Lindenberg: Rudolf Steiner, eine Biographie, Stuttgart 1997, S. 732.

dolf Steiner während des Weltkrieges".[19] Aber es hat auch andere Mitarbeiter in der anthroposophischen Bewegung gegeben, die zum Beispiel die Methoden der Waldorfpädagogik als anti-intellektualistische, willens- und charakterbildende Pädagogik den Vertretern des NS-Staates anzudienen versuchten. Natürlich steht hinter dieser Art des Mißverständnisses der Anthroposophie nicht nur gedankliche Schwäche und Vergeßlichkeit, sondern zumeist auch eine bestimmte biographische Situation, ein konkretes Interesse. Für jeden Anthroposophen aber, der auch nur die elementarsten Grundlagen der Dreigliederung verstanden hatte, war ein totalitäres Staatswesen, wie es durch den Nationalsozialismus verwirklicht wurde, schlimmste Reaktion. Wer nur einmal die „Philosophie der Freiheit" zu Ende gelesen hatte, konnte wissen, daß der Autor jede Beurteilung des Menschen unter den Gesichtspunkten der Rasse und Abstammung als unmenschlich ansah. Bekanntlich konnte man „ohne Unterschied der Nation, des Standes, der Religion" Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft sein.

Doch ist einzuräumen, daß es manche Äußerungen Steiners gab, die, isoliert genommen, zumindest zu Mißverständnissen Anlaß geben konnten und weite Auslegungsspielräume boten. Es war in mancher Hinsicht so wie mit den Hinweisen auf das Jahr 1933, die sich in den Vorträgen Steiners von 1910 an finden: auf der einen Seite wurde verheißungsvoll von neuen Fähigkeiten gesprochen, mit denen die Menschheit begabt werden solle, ja es wurde auf einen großartigen Wandel in den höheren Welten gedeutet; zum anderen wurde vor großen Gefahren gewarnt: die neuen Fähigkeiten könnten mit rohen Füßen zu Tode getreten werden, falsche Messiase würden auftreten, ja das Tier aus der Tiefe, von dem die Apokalypse spricht, würde erscheinen. Wie und woran aber die jeweiligen Tatbestände zu erkennen seien, wie historische Symptome zu deuten und zu durchschauen seien, das war zumindest für den einfachen Leser und Zuhörer nicht so eindeutig ausgeführt. Es wurde allgemein auf die dreißiger Jahre als einen entscheidenden Zeitraum hingewiesen, zur Wachsamkeit aufgerufen: die eigentliche Unterscheidung aber mußte jeder einzelne selbst treffen.

Die Anthroposophen stammten aus sehr verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Es gab unter ihnen Arbeiter, Adlige, Handwerker, Kaufleute und aus dem Bürgertum kommende Wissenschaftler. Dementsprechend waren sie politisch unterschiedlich sozialisiert worden. Es gab Anthroposophen, die der Sozialdemokratie und dem linken Liberalismus nahe standen und denen die Demokratie etwas bedeutete. Andere kamen aus konservativen Kreisen oder waren von einer militärischen Tradition geprägt. Erhard Bartsch und Jürgen von Grone waren zum Beispiel während des Ersten Weltkriegs Fliegeroffiziere gewesen, Elisabeth Klein, geb. von Staudt, war die Tochter eines bayrischen Offiziers. So erzogen, nahmen diese Menschen an undemokratischen Strukturen weniger Anstoß.

[19] Roman Boos, Rudolf Steiner während des Weltkriegs, Dornach 1933

Das gewichtigste Indiz für die Haltung der überwiegenden Mehrzahl der Anthroposophen in der NS-Zeit kann nur derjenige richtig einschätzen, der die damaligen Verhältnisse kennt. Es ist das Schweigen der führenden Anthroposophen zum neuen Staat. Für die Zeitgenossen war dieses Schweigen sehr laut vernehmbar. Man findet weder in den Zeitschriften „Anthroposophie", „Erziehungskunst" oder „Die Christengemeinschaft" noch in den Publikationen Hermann Poppelbaums („Im Kampf um ein neues Bewußtsein", 1935; „Tierwesenskunde", 1937), Emil Bocks („Moses und sein Zeitalter", 1935; „Könige und Propheten", 1936; „Cäsaren und Apostel", 1937), Friedrich Rittelmeyers („Deutschtum", 1934; „Christus", 1936) oder in den Werken von Gerbert Grohmann, Hermann Beckh, Karl Heyer und anderer, die in diesen Jahren erschienen, die bald nach der Machtergreifung epidemischen Charakter annehmenden Verbeugungen vor „der neuen Zeit" und „dem Führer". Ganz im Gegenteil: Poppelbaum kennzeichnet den im NS-Staat hochgefeierten Sport als „die ‚Fehlhandlung' einer ganzen Epoche". Ähnlich wird Goebbels' Lieblingskind, der Film, als Erkenntnislähmung und Schule der Passivität charakterisiert.[20]

Rittelmeyer scheute sich nicht, in seinem 1934 erschienenen Buch „Deutschtum" den Juden Spinoza anerkennend hervorzuheben und hinzuzufügen:

„Man hat im vergangenen Jahrhundert manchen Geist gerade als Musterbild eines deutschen Christen bezeichnet, der stammesmäßig Jude oder Halbjude war. So geschah es mit dem evangelischen Dichter Spitta und dem evangelischen Maler Steinhausen und vor allem mit Felix Mendelssohn, dem Komponisten des ‚Elias' und ‚Paulus'. Mehr als alles andere zeigen solche Tatsachen, daß man geistige Merkzeichen haben muß, wenn man gegen die wahren Gefahren gesichert sein will."

Mit solchen Worten nahm Rittelmeyer ganz eindeutig gegen den Rassismus Stellung. Er ging noch weiter, indem er sich zur jüdischen Tradition im Christentum bekannte. So kann man lesen:

„Dabei lebt das Judentum mitten im Herzen des Christentums fröhlich weiter. Gerade dies gilt es zu erkennen. Die edelste Blüte, die aus dem Israelitentum herangereift ist zum jungen Christentum, kann der Keim sein, der in einen neuen Acker gelegt werden will. Wir reden vom Johannesevangelium. Nicht ohne tiefsten Grund haben die größten Deutschen wie Herder, Goethe, Fichte so ahnungsvoll auf das Johannesevangelium hingeblickt."[21]

Für jeden Leser im Jahre 1934 war durch solche Bemerkungen Rittelmeyers die Tendenz des Buches völlig klar zu erkennen. Mehr konnte auch ein Rittelmeyer damals nicht sagen, wenn er nicht zur Wirkungslosigkeit verurteilt werden wollte. Wer damals lesen konnte, verstand diese Hinweise. Es gab nur we-

[20] Hermann Poppelbaum, Im Kampf um ein neues Bewußtsein, Dresden 1935, S. 34

[21] Quelle für beide Zitate: Friedrich Rittelmeyer, Deutschtum, Stuttgart 1934, S. 106 und 109.

nige davon abweichend Meinungen: Zu nennen wären Roman Boos,[22] Richard Karutz[23] und einige Nummern der von Erhard Bartsch herausgegebenen Zeitschrift „Demeter". Die Gesamtbilanz der anthroposophischen Publizistik ist jedenfalls sehr eindeutig. Die abweichenden Haltungen von Boos und Karutz sind persönlich motiviert. Über Bartsch wird noch zu sprechen sein.

Hinsichtlich der Emigration ergibt sich folgendes Bild: Bereits mit dem Jahre 1924 war Dornach (Schweiz) zum eindeutigen Mittelpunkt der anthroposophischen Arbeit geworden, und die früheren Zentren der anthroposophischen Aktivitäten, Berlin und Stuttgart, hatten einen Teil ihrer Bedeutung verloren. Im Jahre 1933 setzte sich dieser Prozeß in Stuttgart weiter fort: Das Sekretariat der Landesgesellschaft befand sich in Karlsruhe, der Leiter des deutschen Landesvorstandes, Hermann Poppelbaum, wohnte in Hamburg. In Stuttgart waren lediglich die größte deutsche Waldorfschule, die Oberlenkung und das Priesterseminar der Christengemeinschaft sowie die Eurythmieschule geblieben. – Das Fehlen einer handlungsfähigen Zentrale der anthroposophischen Arbeit in Deutschland war auch durch die innergesellschaftlichen Konflikte bedingt.

Durch die Emigration zahlreicher bedeutender Anthroposophen ergab sich eine weitere Schwächung der anthroposophischen Arbeit. Neben vielen anderen emigrierten nach und nach zwölf der führenden Köpfe der anthroposophischen Arbeit in Deutschland: Alexander Strakosch, Dr. Hans Büchenbacher,[24] Ernst Uehli und Dr. Heinrich Leiste gingen in die Schweiz, Dr. Ernst Lehrs, Dr. Maria Röschl, Lili und Dr. Eugen Kolisko, Dr. Karl König (zusammen mit einer Gruppe von Ärzten und Heilpädagogen) fanden in Großbritannien Asyl, Dr. Hermann Poppelbaum, Dr. H. v. Baravalle, Dr. Friedrich Hiebel konnten in den USA arbeiten. Sigismund von Gleich war in den Niederlanden untergekommen. Dr. Hans Erhard Lauer und Dr. Norbert Glas hatten Österreich 1938 verlassen.

In Deutschland blieben auch nach 1938 unter anderen: Emil Leinhas, Erich Schwebsch, Dr. Friedrich Husemann, Karl Heyer, C. Septimus Picht, Erhard Bartsch,[25] Carl Brestowsky, Jürgen von Grone, Fritz Götte, Emil Bock.

Ohne das Ergebnis dieser Arbeit vorwegnehmen zu wollen, soll doch zur Orientierung des Lesers hier vorgreifend folgendes bemerkt werden:

Die Verfolgung der Anthroposophen, die bald nach der nationalsozialistischen Machtergreifung begann und deren erste Phase mit dem Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland 1935 endete, spiegelte den für die Zeit der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur charakteristischen Prozeß der geistig-weltanschaulichen „Gleichschaltung" der deutschen Gesellschaft. Die nationalsozialistischen Machthaber waren bestrebt, alle an-

[22] Roman Boos, Neugeburt des Deutschen Rechts, München 1934
[23] Richard Karutz, Vorlesungen zur moralischen Völkerkunde, Stuttgart, o.J.
[24] Hans Büchenbacher, s. Anlage 24.
[25] Erhard Bartsch, s. Anlage 24.

deren, tatsächlich oder vermeintlich konkurrierenden, weltanschaulichen und geistigen Strömungen, die sie immer auch als politisch wirksam betrachteten, zu bekämpfen, zumindest in ihrer geistigen Wirksamkeit zu beschränken. Künstliche oder echte Begeisterung für den Nationalsozialismus verdeckten den totalitären Charakter dieser wohl jeden Menschen in Deutschland berührenden Maßnahme: es handelte sich im Grunde um die Fortsetzung des politischen Terrors auf geistig-kulturellem Gebiet – die Eliminierung des inneren, „weltanschaulichen" Gegners.

Gleichschaltung, ein von den Nazis benützter und in die Forschungsliteratur übernommener Begriff, bedeutete vereinfacht ausgedrückt in der Praxis die Aufnahme von Nationalsozialisten in die Leitung aller Vereine, Verbände, Gesellschaften und Gruppierungen jeder Art und den Ausschluß der Juden. Auf diese Weise sollte die nationalsozialistische Einstellung der geistigen Führung aller sozial und kulturell irgendwie hervortretenden Organisationen gewährleistet werden.

Der Vorgang lief dem schrittweisen Eindringen der Nationalsozialisten in die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen parallel, er verlief progressiv und je nach lokalen Verhältnissen und Lebensbereichen unterschiedlich schnell und wirkungsvoll, obwohl er nicht zuletzt durch das konkurrierende Machtstreben der einzelnen NS-Organisationen erschwert wurde.

Im Kampf der Nationalsozialisten gegen die Anthroposophische Gesellschaft und die praktischen Einrichtungen spiegelte sich die Polykratie des nationalsozialistischen Staates. Zuständige Behörden oder Ämter waren neben der Preußischen Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) die politischen Polizeien einzelner Länder, die verschiedenen Innenministerien, Ministerpräsidenten und Gauleiter, das Reichserziehungsministerium, das Reichslandwirtschaftsministerium, das Kirchenministerium, das Amt Hess („Stellvertreter des Führers der NSDAP", nach 1941 „Parteikanzlei") und das Amt Rosenberg („Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", auch „Reichsüberwachungsamt" genannt) mit zahlreichen Nebendienststellen, sowie das Reichspropagandaministerium durch die Reichsschrifttumskammer.

Den Vertretern der Anthroposophie erschien die nationalsozialistische Weltanschauung als ein eklektizistisches Konglomerat von Ideen unterschiedlichster Provenienzen, das von seinen Vertretern nach eigenem Dafürhalten ad hoc ausgelegt wurde. Hinzu kam, daß in den öffentlichen Verwaltungen, auch nach Entfernung der Sozialdemokraten und „Nichtarier" durch das Berufsbeamtengesetz vom 7. April 1933,[26] bis in die Verwaltungsspitzen hinauf noch zahlreiche Beamte tätig waren, die ihre konservativ-autoritäre Staatsauffassung mit dem Nationalsozialismus vereinbaren zu können glaubten, aber auch wenigstens die Grundbestände normativer Staatsverwaltung zu erhalten such-

[26] RGBl. I, 1933, S. 175

ten. Daneben zeigte sich, daß einzelne Sachbearbeiter in der Frage der Anthroposophie ganz verschiedenen Motiven folgten. Es gab Referenten, die persönlich für ein Minimum an kultureller Freiheit und Fairness Interesse hatten, anderen ging es um die Rechtsförmigkeit des Vorgehens, wieder andere interessierten sich für brauchbare Resultate der anthroposophischen Arbeit. Diesen standen andere Beamte gegenüber, die grundsätzlich mit allen Andersdenkenden kurzen Prozeß machen wollten. Die Konkurrenz der einzelnen Instanzen, der Kampf um Einflußbereiche, die Verdoppelung von Zuständigkeiten – hier Staat, dort Partei, hier SS, dort das Amt Hess – ermöglichte es, sobald man irgendwo persönlichen Zugang und Gehör gefunden hatte, die eine Instanz gegen eine andere auszuspielen.

Dabei war der persönliche Faktor oft ausschlaggebend. Es ergaben sich auf dem Wege der Kontakte Einwirkungsmöglichkeiten, die von einigen Anthroposophen genützt wurden. Sie beschäftigten über Jahre Teile der Machtapparate und konnten manche von diesen zeitweilig in Schach halten. Nur solche Nationalsozialisten, die sich vermutlich selbst nicht über die Grundtendenz des Nationalsozialismus im klaren waren, konnten diesem den Schein einer gewissen Toleranz verleihen. Das waren in erster Linie Mitarbeiter von Rudolf Hess. Sie vermittelten einer Reihe von Anthroposophen das sich als Illusion erweisende Gefühl, daß eine geistige Unabhängigkeit innerhalb des Nationalsozialismus doch bewahrt werden könnte. Dem standen Heinrich Himmler und seine rechte Hand Reinhard Heydrich entgegen, die zunehmend an Einfluß gewannen. Beide erwiesen sich als konsequente Gegner der Anthroposophie. Sie erkannten schnell, daß der Gleichschaltungskompromiß der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland eine Farce war und keiner wirklichen Annäherung an den Nationalsozialismus entsprach. Sie setzten also das Instrumentarium ein, das als zweite Stufe der Machtausübung dann in Frage kam: wo die „Gleichschaltung" sich als undurchführbar erwies, war nur die „Ausschaltung" möglich. Dieser Vorgang, der das Verbot der Gesellschaft zum Ziel hatte, war aber relativ langwierig. Anders als die Freimaurervereinigungen dachte nämlich die deutsche Landesgesellschaft nie ernsthaft an eine Selbstauflösung. Einen reinen polizeilichen Willkürakt, der wohl in seinem Sinne gelegen hätte, wollte sich Himmler aber zunächst noch nicht leisten.

Himmler mußten die verschiedenen anthroposophischen Einrichtungen in der Breite ihrer Tätigkeit als Ausdruck eines „Totalitätsanspruches" der Anthroposophie erscheinen, die damit viel stärker mit dem Nationalsozialismus kollidierte als z. B. die Freimaurervereinigungen. Es war für Himmler selbstverständlich, daß mit dem Verbot der Gesellschaft auch alle anthroposophisch orientierten Einrichtungen verschwinden mußten. Es dauerte sechs Jahre, bis er dieses Ziel einigermaßen erreicht hatte. Doch wirkte das Verbot der Gesellschaft an einzelnen Orten wie ein Signal in dieser Richtung: Die Christengemeinschaft, die Ausübung der Eurythmie und einzelne heilpädagogische Einrichtungen wurden in der folgenden Zeit angegriffen, verschiedentlich auch mit Verboten belegt. Die meisten Waldorfschulen mußten im Zuge dieser

Maßnahmen geschlossen werden: Schon in dieser ersten Phase war überall der anthroposophische Grundzug der eigentliche Angriffspunkt. Andererseits leisteten die Anthroposophen Widerstand. Mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchten sie auf verschiedenen Wegen, ihre Arbeit fortzusetzen.

Die Vielfalt der Fachgebiete, auf denen anthroposophische Institutionen schon 1933 bestanden, und die ganz eigene Art der einzelnen Institutionen erlaubt es nicht, sie pauschal abzuhandeln. Jeder Bereich mußte sich auf eine andere Art mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Dies hing sowohl von der Eigenart der Einrichtung selbst wie dem Grad der Vereinnahmung des entsprechenden Lebensgebietes durch die Nationalsozialisten ab. Wohl pflegten die Institutionen untereinander schon deshalb Beziehungen, weil deren verantwortliche Vertreter sämtlich auch Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft waren. Aber schon in der anthroposophischen Idee war die freie, individuelle Tätigkeit angelegt. Zentral bestimmte Verhaltensmaßregeln gegenüber dem Nationalsozialismus konnte es deshalb nicht geben.

Erster Teil:
1933–1936

Die Verteidigung Rudolf Steiners, das Ringen um die Existenz der Anthroposophischen Gesellschaft und der anthroposophisch orientierten Einrichtungen im entstehenden Machtgefüge des NS-Staates

1. Das Jahr 1933

Die neue Welle von Presseangriffen und die ersten Verteidigungsschritte der Anthroposophischen Gesellschaft

Kaum war Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden, so witterten auch die Feinde der Anthroposophie Morgenluft. Wie verabredet, begann eine Kampagne gegen die Anthroposophie. Am 1. Februar startete das 8 Uhr Abendblatt der Berliner „National-Zeitung" eine 14teilige Artikelserie gegen Rudolf Steiner und die Anthroposophie;[1] Mathilde Ludendorff ging auf Reisen, um Vorträge zu halten,[2] und am 3. Februar hatte in Berlin „Die Marneschlacht" von Paul Joseph Cremers Premiere.[3] Im Mittelpunkt der Verleumdungen stand die Behauptung, der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke habe unter dem direkten Einfluß Rudolf Steiners in der kriegsentscheidenden Marneschlacht versagt. Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg war damit das Werk des „Theosophen, Juden, Freimaurers und Kommunisten Rudolf Steiner". Die Verleumdungskampagne paßte in die Zeit: Der Jude und Freimaurer Steiner war schuld an Deutschlands Unglück.

Im Mai 1933 wurde diese Kampagne im großen Maßstab fortgesetzt. Uniformierte Straßenverkäufer und nationale Buchhandlungen boten eine 10-Pfennig-Broschüre „Das ‚Wunder' der Marne-Schlacht, Wunder oder Verbrechen?" an. Herausgeber war ein obskures NS-Propagandabüro P. Hochmuth in Berlin. Rudolf Steiner wird in dieser als „Kampfschrift" bezeichneten Broschüre als Teilnehmer an der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung gegen Deutschland dargestellt:

„Ihr Werk (das der Theosophin Annie Besant, U.W.) vollendete der Halbjude Rudolf Steiner, der Agent des Großorients, zur Reifmachung des deutschen Volkes für den vernichtenden Schlag, der, wenn die Zeit gekommen, gegen das Kaiserreich geführt werden sollte. Rudolf Steiner fand Eingang bei den maßgebenden militärischen und politischen Kreisen in Deutschland und brachte es fertig, wie wir später hören werden, selbst die wichtigsten militärischen Operationen im Weltkriege zu beeinflussen und mit dem Verlust der Marneschlacht den Untergang des alten Reiches im Auftrage des französischen Großorients und in letzter Linie im Interesse der Weltherrschaft Judas herbeizuführen."[4]

[1] Z.B. Nr. 34 vom 9. Februar, 9. Fortsetzung: „Rudolf Steiner macht Lisbeth große Komplimente" und Nr. 35 vom 10. Februar, 10. Fortsetzung: „Wie Steiner dem Grafen Moltke im Krieg begegnete". Archiv am Goetheanum.

[2] Rundschreiben der Geschäftsstelle Karlsruhe an alle Zweige der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland vom 10. Februar 1933. Archiv am Goetheanum.

[3] Das Drama war bereits am 14. Januar im Darmstädter Nationaltheater uraufgeführt worden.

[4] o.V.: Das „Wunder" der Marne-Schlacht. Wunder oder Verbrechen?, N.S.-Propagandabüro P. Hochmuth. Berlin o.D. Im Laufe des Monats Mai erhielt die Geschäftsstelle

Der anonyme Verfasser war, wie sich später herausstellte, ein Graf Moltke aus der dänischen Linie der Moltkes, der wenig später im Auftrag des Tannenbergbundes und unterstützt von Ludendorffs „Volkswarte" mit einem Vortrag über Land zog.[5] Auch hier dieselben Vorwürfe: unter dem Einfluß von Spiritismus, Mediumismus und Okkultismus, kurz, unter dem Einfluß Steiners habe der nervlich und gesundheitlich erschütterte Moltke in der Entscheidungsschlacht versagt.[6] Ja, mehr noch: Steiner habe auf okkultem Wege bei Moltke eine Geisteskrankheit hervorgerufen. Mit diesen Behauptungen schloß sich Graf Moltke an die Theorien von Mathilde Ludendorff („Induziertes Irresein durch Okkultlehren"[7]) und an die Verleumdungen von Gregor Schwartz-Bostunitsch („Rudolf Steiner – ein Schwindler wie keiner"[8]) an.

Die damals erscheinenden Zeitungsartikel, Broschüren und Vorträge glichen sich in Ton und Stil, wobei Behauptung an Behauptung gereiht wurde. Folgendes Zitat aus Moltkes Vortrag, den Eggerich Rödenbeck wiedergab, veranschaulicht, womit man es zu tun hatte:

„Das Wesentliche bei seiner (Steiners) neuen Religion ist die Systemlosigkeit [...]. Steiner hat sich je nach Bedarf als den Wiedererstandenen Christus, Johannes den Täufer, Christian Rosenkreutz, Lessing, Goethe bezeichnet. Das waren seine Reinkarnationen [...]. Für die Eingeweihten war das Goetheanum der Kehlkopf des Menschengeschlechts [...]. Steiner lehrt in seinen öffentlichen Büchern: Unerläßliche Vorbedingung ist völlige Ausschaltung der Denk- und Urteilskraft. Anthroposophie ist ein Gemisch von Spiritismus, Astrologie und Magie[...]. Steiner hat sich als volkstreuer Jude bekannt in seinem Tempel in Dornach [...]. Steiner war Freimaurer und gehörte dem orientalen Templerorden an. Die Ritualien in Dornach waren dieselben wie dort. Br. Theodor Reuss war der Großmeister. Steiner hat seine Aufgabe im Auftrage der Freimaurerei ausgeführt. Der Weltkrieg von 1914 ist kein ‚Naturereignis', sondern ein Erzeugnis der Freimaurerei. Jeder Freimaurer ist weiter nichts als ein künstlicher Jude [...]. Das Marnewunder ist nicht durch den Eingriff einer Gottheit geschehen, sondern die Folge des geschilderten Seelenmißbrauchs."

der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland aus vielen Gegenden Deutschlands entsprechende Berichte. S. z. B. Zweig Hannover an die Propagandaleitung der NSDAP Hannover vom 12. Mai 1933; René Maikowski an Joseph Goebbels vom 13. Mai 1933; Egon von der Wehl an die Geschäftsstelle vom 15. Mai 1933; Rundschreiben der Geschäftsstelle an alle Zweige und Arbeitsgruppen der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland vom 19. Juni 1933. In letzterem Schreiben wird auch mitgeteilt, daß die NSDAP nicht hinter diesem Verlag stehe, der sich die Bezeichnung nur aus Geschäftsgründen zugelegt habe. Archiv am Goetheanum.

[5] Über einen der Vorträge (in Steglitz) berichtete Eggerich Rödenbeck mit Schreiben vom 1. Juni 1933 der Karlsruher Geschäftsstelle. Archiv am Goetheanum.

[6] So Moltke auch später in der 1934 erschienenen Broschüre „Die deutsche Tragödie an der Marne," Berlin 1934.

[7] Mathilde Ludendorff, Induziertes Irresein durch Okkultlehren, 1930.

[8] Gregor Schwartz-Bostunitsch, Rudolf Steiner – ein Schwindler wie keiner, Berlin, Deutscher Volksverlag 1930. Der Titel entstammte einem holländischen Flugblatt, das von dem holländischen Gegner H. K. E. de Jong schon 1920 nach Vorträgen Steiners verteilt wurde. BAP 50.01-1188.

Umfang und Intensität der Kampagne sind heute nur schwer abzuschätzen, weil keineswegs alle Zeitungsartikel, die in vielen lokalen Blättern erschienen, und alle Vorträge systematisch erfaßt wurden. Noch am 1. März meinte Hans Büchenbacher, Mitglied des deutschen Vorstands, in einem Brief an seine Kollegen schreiben zu können, daß man seinen Informationen nach nicht davon sprechen könne, daß die Hetze in ganz Deutschland systematisch werde. Der Vorstand diskutierte zu diesem Zeitpunkt seine Reaktion auf einen besonders diffamierenden Zeitungsartikel im Neustädter Tageblatt vom 5. Januar aus Anlaß des Todes der Hellseherin Lisbeth Seidel, auf den Hermann Poppelbaum mit einem öffentlichen Gegenvortrag antworten wollte. Büchenbacher befürchtete, daß ein solcher Vortrag nicht viel Aussicht auf Erfolg habe, da er von den Gegnern „niedergebrüllt" werden könne. Man solle „auf gewisse Formen der heute üblichen öffentlichen Auseinandersetzung, wo auf der einen Seite von vornherein mit nackter Gewalt gearbeitet wird", nicht eingehen.[9] Die Saalschlacht vom 15. Mai 1922, bei der Rudolf Steiner während seines Vortrags im Münchner Hotel „Vier Jahreszeiten" vor seinen völkischen Gegnern beschützt werden mußte, stand ihm noch vor Augen. Man einigte sich schließlich auf eine schriftliche Entgegnung, die am 5. April im Neustädter Tageblatt von den nachfolgend aufgezählten ehemaligen Frontoffizieren, alles Mitglieder der Gesellschaft, veröffentlicht wurde: Alfred Seeger, Carlo Septimus Picht, Hellmut Blume und Jürgen von Grone. Wilhelm von Moltke, nicht Mitglied der Gesellschaft, war Mitunterzeichner. Dieser Text wurde unter anderem an die Mitglieder zur Rechtfertigung verteilt.

War die Hetze – wie Büchenbacher meinte – nicht systematisch, so war die Kampagne doch so umfangreich, daß Marie Steiner mehrfach das Wort in dieser Sache ergriff,[10] ein Sonderdruck „Wahrheit gegen Unwahrheit" in zwei Auflagen erschien,[11] die Leitung der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland Rundschreiben und Informationsmaterial an alle anthroposophischen Arbeitsgruppen versandte[12] und eine zentrale Pressestelle zur Verteidigung Rudolf Steiners bei der Redaktion der Zeitschrift „Anthroposophie" ein-

[9] Hans Büchenbacher, Stockholm, an die Mitglieder der Initiativgruppe vom 1. März 1933. Archiv am Goetheanum.

[10] Marie Steiner, Rudolf Steiner und die Zeitungshetze, in: Das Goetheanum, Nr. 9, 28. Februar 1933, und Helmuth v. Moltke und Rudolf Steiner, Sonderdruck aus der Wochenschrift Das Goetheanum, Nr. 10, 5. März 1933, sowie: Über die Mysterienspiele Rudolf Steiners in München und die Errichtung des Dornacher Baues, in: Anthroposophie, 15. Jg., Buch 3, April-Juni 1933, S. 216ff.

[11] Carlo Septimus Picht, Über Rudolf Steiner. Wahrheit gegen Unwahrheit, in: Anthroposophie, 15. Jg., Buch 2, Januar-März 1933, S. 171 ff. Schwerpunkt der Verteidigung war die Hervorhebung Rudolf Steiners als „Vertreter des Deutschtums".

[12] Mitteilungen für die Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, Karlsruhe, März 1933. Hermann Poppelbaum und Martin Münch: Zur Orientierung, Mai 1933. Sonderdruck „Wahrheit gegen Unwahrheit". Rundschreiben vom 19. Juni und 14. Juli 1933. Archiv am Goetheanum.

richtete.[13] Auch in der „Korrespondenz der anthroposophischen Arbeitsgemeinschaft" erschienen entsprechende Stellungnahmen.[14]

Die Anthroposophische Gesellschaft stand vor der Frage, wie die zahlreichen feindlichen Publikationen zu beurteilen seien. Anfang Juni wurde ein weiteres Rundschreiben entworfen: „Die letzten Tage und Wochen haben eine Verschärfung der Hetze gegen Rudolf Steiner und die anthroposophische Bewegung gebracht, die eingestandenermaßen das Ziel hat, eine Schließung der Anthroposophischen Gesellschaft zu bewirken." Man sah sich also bedroht und hätte – auch im Hinblick auf die Waldorfschulen und die biologisch-dynamische Landbauweise – hinreichend viele Gründe anführen können, die die Gefährdung der anthroposophischen Aktivitäten belegt hätten. Aber der Vorstand entschied sich interessanterweise im Text des Rundschreibens für eine abgemilderte Formulierung: „Obwohl an mehreren Orten unsere Freunde durch Eingaben die Beschlagnahme der Schmutzschriften erreichten, hat nicht viel daran gefehlt, daß diese Art Gegnerschaft zum Ziel gekommen wäre. Durch Entgegenkommen einer leitenden Stelle in München, die sich in objektiver Weise die Unterlagen selber in Dornach beschaffte, konnten zum guten Glück noch zur rechten Zeit die wahren Tatbestände zur Geltung gebracht werden."[15] Man war bereits vorsichtiger geworden, aber auch zuversichtlicher, da inzwischen auch Verbindungen zur NSDAP aufgenommen worden waren, von denen man sich ein wirksames Einschreiten gegen die Verleumdungen erhoffte.

Die Einschätzung der Lage durch leitende Anthroposophen

Aus den vorliegenden Quellen kann man kein vollständiges und ganz sicheres Bild über die Beurteilung des Nationalsozialismus durch die Anthroposophische Gesellschaft gewinnen. Mit Sicherheit wurde aber der Nationalsozialismus innerhalb der Mitgliedschaft sehr unterschiedlich gesehen. Einzelne meinten im Nationalsozialismus in erster Linie eine kulturelle Erneuerungsbewegung zu erkennen. So wurde zum Beispiel von Hitlers „Neugestaltung" die Verwirklichung der sozialen Dreigliederungsidee Rudolf Steiners erwartet,[16] oder auch der deutsche Landesvorstand energisch aufgefordert, diese „Menschen mit dem besten Willen" – gemeint waren die Nazis – auf die Geistes-

[13] Mitteilungen für die Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, Karlsruhe, März 1933, S. 3.

[14] Korrespondenz der Arbeitsgemeinschaft und Jürgen von Grone: Die Marneschlacht. Sonderveröffentlichung aus dem Stuttgarter Neuen Tagblatt, Stuttgart 1934. II. Jg., 5. H., S. 22.

[15] Rundschreiben der Initiativgruppe Karlsruhe an die Arbeitsgruppen der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland vom 19. Juni 1933. Archiv am Goetheanum.

[16] Vgl. Alfred Arnold-Winkelried: Zur Krise des Abendlandes. Der letzte Ausweg: der organische Volks-Staat, Wien, o.J. Diese Broschüre wurde im Februar 1933 fertiggestellt. Der Autor war beseelt von dem Gedanken, daß drei „große" Österreicher – ne-

schätze der Anthroposophie aufmerksam zu machen, damit sie „in das neue Reich mit hineingebaut werden".[17] Es waren nicht nur vereinzelte Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft, die den Nationalsozialismus anfänglich falsch einschätzten. Auch viel klügere Köpfe außerhalb der anthroposophischen Bewegung dachten ähnlich, wie etwa der Heidelberger Staatswissenschaftler Arnold Bergsträsser, der im März 1933 die nationalsozialistischen Feiern, Umzüge und Fahnenhissungen als „sichtbaren Ausdruck eines [...] stoßweisen inneren Umschwungs" bezeichnete, „der, in seiner reinsten Intention genommen, dem Menschlichen gegenüber dem Materiellen zum Siege verhelfen will."[18] Solche Überlegungen lagen den leitenden Anthroposophen in Deutschland fern. Hans Büchenbacher gehörte als sogenannter „Halbjude" zu jenen, die den Nazis kritisch und ablehnend gegenüberstanden. In seinen zuverlässigen Erinnerungen berichtet er, daß der deutsche Vorstand eindeutig gegen den Nationalsozialismus eingestellt war: „Vor der Oster-Generalversammlung, Dornach 1933, hatte ich mit meinen deutschen Vorstandskollegen wie gewöhnlich eine Vorbesprechung in unserem Sekretariat in Karlsruhe. Es ergab sich die einstimmige Ablehnung des Nationalsozialismus."[19]

Ein anderes Mitglied des Vorstandes, Alexander Strakosch,[20] väter- und mütterlicherseits jüdischer Abstammung, schrieb schon am 2. Februar:

„Aus verschiedenen Anzeichen läßt sich entnehmen, daß unter den Mitgliedern vielfach im Zusammenhang mit der politischen Krise eine Unruhe entstanden ist, welche für die weitere geistige Arbeit, deren ruhiger Fortgang jetzt wichtiger ist denn je, schädlich werden kann. Auf der einen Seite eine Begeisterung für Hitler, die ja, solange sie im Politischen bleibt, jedermanns eigene Angelegenheit ist; sie droht aber, in die Bewegung hineinzuwirken, indem in einer Art und Weise, die nicht dem rein geistigen Charakter unserer Arbeit Rechnung trägt, irgend etwas wie eine Beziehung zu einer Partei angestrebt wird. Auf der anderen Seite machen Mitglieder in ihrem Unmut über die neueste Wendung in der Politik ihrer Abneigung gegen Hitler in einer unvorsichtigen Weise Luft, welche bei der jetzigen erregten Atmosphäre für die ganze Bewegung schlimme Folgen haben kann [...]."[21]

ben Rudolf Steiner und Adolf Hitler sah er Othmar Spann als solchen an – eine „Wiedergenesung der abendländischen Kulturwelt" herbeiführen würden. Dabei verkannte er Rudolf Steiners Dreigliederungsgedanken, der sich sozialpolitisch gerade gegen den totalitären Staat – Rudolf Steiner nannte es den „Einheitsstaat" – richtete.

[17] Magdalena Spaun, Zittau, an Hans Büchenbacher, vom 26. April 1933. Archiv am Goetheanum.

[18] Dr. Arnold Bergsträsser, Heidelberg, an Fräulein Westerkamp, Paris, vom 15. März 1933. PA Christoph Lindenberg. Im Hinblick auf die Gewaltsamkeiten der Nazis meinte Bergsträsser: „Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das außergewöhnliche Maß dieser negativen Erscheinungen in kurzer Zeit reduziert werden, ja vielleicht im Vergleich mit anderen Verfassungssystemen eine Verminderung erfahren."

[19] Erinnerungen von Dr. phil. Hans Büchenbacher-Hamilton (1887-1977), diktiert Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre. Manuskript, S. 1. PA Christoph Lindenberg.

[20] S. Anlage 24.

[21] Alexander Strakosch an die Mitglieder der Initiativgruppe vom 2. Februar 1933. Archiv am Goetheanum.

Aus diesen Worten wird deutlich, daß die Machtübernahme durch die Nazis als einschneidende Zäsur eingeschätzt wurde. Nie zuvor war ein Regierungswechsel in Deutschland Gegenstand von Erörterungen im Vorstand der Landesgesellschaft gewesen. Weiter sah Strakosch bereits am 2. Februar, daß offenherzige Stellungnahmen gegen den Nationalsozialismus gefährlich werden können. Außerdem wünschte er, daß die politischen Verhältnisse nicht in die Anthroposophische Gesellschaft hereinwirken.

Am 19. Februar schrieb ein Mitglied des Vorstandes des Kasseler Zweiges, Wolfgang Gessner, an den Vorstand der Landesgesellschaft einen Brief, in dem er sich mit der Frage beschäftigte, wie man mit den Nationalsozialisten in den eigenen Reihen verfahren sollte:

„Soviel ich weiß, haben wir auch Nationalsozialisten in unseren Kreisen. Mit ihnen sollte, soweit sie zuverlässige Anthroposophen sind, die Lage freimütig erörtert werden [...]. Es ist ja wohl selbstverständlich, daß wir uns in den engen Schranken des offiziellen Nationalsozialismus nicht können einsperren lassen. Aber in seinen Reihen befinden sich natürlich auch weiterschauende Leute, die aus ehrlicher Vaterlandsliebe mitmachen, weil sie einfach an jedem anderen Ausweg aus der deutschen Not verzweifelt haben. An sie sollte man sich wenden. Ob sie Oberhand gewinnen werden in der Partei, kann man ja heute schwer übersehen. Aber wohin soll es führen, wenn man nicht wenigstens versuchen sollte, Einsichten und Gedanken an die Menschen heranzutragen [...]."[22]

Gessner glaubte wohl, nur mit zuverlässigen Anthroposophen noch freimütig sprechen zu können. Wollte er die zuverlässigen Mitglieder vor dem Nationalsozialismus warnen? Er selbst stand der weiteren Entwicklung der „NS-Revolution" skeptisch gegenüber. Bemerkenswert ist jedoch, daß Gessner daran dachte, „Einsichten und Gedanken an die Menschen" heranzutragen. Solche Erwägungen sollten bald eine größere Bedeutung gewinnen.

Anders der Vorschlag des kleinen Aristoteles Zweiges in Hamburg: die Landesgesellschaft sollte straff organisiert und mit einem „schlagkräftigen" Vorstand versehen werden. Vorstand und Arbeitsgruppen sollten in der Öffentlichkeit geschlossen gegen die Verleumdungen auftreten. Von der deutschen Landesgesellschaft wurde die Erklärung gefordert, „daß sie sich mit allen ihren Mitgliedern, Gruppen und Einrichtungen positiv hinter die Aufbauarbeit der nationalen Regierung stellt".[23]

Ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben von Johannes Pingel, Mitglied des Aristoteles Zweiges, beantwortete Hermann Poppelbaum am 8. Mai. Er verdeutlichte, daß der deutsche Vorstand die Gesellschaft nicht in eine politische Auseinandersetzung hineinziehen wollte:

[22] Wolfgang Gessner an die Mitglieder der Initiativgruppe vom 19. Februar 1933. Archiv am Goetheanum.

[23] Antrag des Aristoteles Zweiges vom 31. Mai 1933, S. 3. Archiv am Goetheanum. Der Aristoteles Zweig zählte ca. 20 Mitglieder, der Pythagoras Zweig, für den Poppelbaum verantwortlich zeichnete, ca. 800.

„Sie selbst denken, daß ich eine Mitgliederversammlung einberufen soll [...]. Diesen Weg finde ich ganz ungangbar; denn eine Versammlung, in der ‚unsere Stellung' diskutiert würde, brächte uns ohne weiteres auf das politische Gebiet, daß wir nun einmal zu meiden haben, wenn wir den Grundsätzen der Gesellschaft treu bleiben wollen [...]. Gerade die Diskussion darüber würde das Schädliche sein [...]. Einen anderen Weg aber halte ich für durchaus gangbar [...]. Und ich möchte an dieser Stelle betonen, daß diese Initiativgruppe sich durchaus für das Geschehen in der Gesellschaft verantwortlich fühlt [...]. Zunächst war es nötig, die Gruppen mit Unterlagen auszurüsten, die etwaigen Anfragen der Behörden vorgelegt werden können [...]. Die nächste Frage ist die nach einem aktiven Schritt bei maßgebenden Stellen [...]. Hierfür sind ebenfalls die notwendigen Vorbereitungen getroffen [...]. Der leitende Gesichtspunkt wird dabei allerdings sein, daß sich die Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland nicht erst jetzt zum Deutschtum ‚rückhaltlos zu bekennen' braucht, da die Anthroposophie ja ganz und gar aus deutschem Wesen geboren ist. Die Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland hat nicht jetzt erst ihren ‚Willen zur Mitarbeit' zu erklären, da sie seit je an der Verbreitung deutschen Geistes mitgearbeitet hat! Wenn also ein offizieller Schritt getan wird, so gilt es dabei nur, auf eine längst bestehende Tatsache hinzuweisen."[24]

Diese Ausführungen Poppelbaums muß man einerseits im Hinblick auf die Adressaten seines Schreibens interpretieren: er hatte nicht die Absicht, Öl ins Feuer zu gießen. Zum anderen hat sein Bekenntnis zum Deutschtum nicht nur einen anthroposophischen, sondern auch einen biographischen Hintergrund. Poppelbaum, Büchenbacher und zahlreiche andere führende Anthroposophen hatten im Ersten Weltkrieg als deutsche Offiziere ihre patriotische Gesinnung durchaus unter Beweis gestellt. So betont Poppelbaum mit Recht, daß man sich in Sachen Deutschtum nicht von den Nationalsozialisten belehren lassen muß.

Der Aristoteles Zweig ging darauf nicht ein und startete am 31. Mai eine Aktion, in der die Zweige, über den Kopf des Vorstands hinweg, aufgefordert wurden, in einer Generalversammlung die Gesellschaft neu zu formieren. Der Vorstand sollte entsprechend den „Richtlinien der heutigen Regierung" umbesetzt werden. Das konnte nur bedeuten: ein Nationalsozialist sollte die Leitung der Gesellschaft übernehmen, und alle nicht-arischen Mitglieder sollten ausgeschlossen werden. Die Unterzeichner waren: Herman Behn, Anna Mittelstädt, Fritz Vissner, Werner Wünschmann, Johannes Bertram, Dr. Fritz Rascher (Bruder von Dr. Hanns Rascher, München), Lina Wirth. Sie erhofften sich damit eine wirksame Organisation des Abwehrkampfes gegen die Verleumdungen.[25] Hans Büchenbacher faßte das Resultat dieser Aktion am 14. Juli folgendermaßen zusammen: „Die Ablehnung des Antrages des Aristoteles Zweiges ist eine allgemeine gewesen; die meisten Zweige haben anscheinend gar nicht darauf geantwortet."[26] Ein zweiter Versuch im August 1933

[24] Hermann Poppelbaum an Johannes Pingel vom 8. Mai 1933. Archiv am Goetheanum.
[25] Der gesamte Antrag unter 31. Mai 1933 im Archiv am Goetheanum.
[26] Hans Büchenbacher an Oskar Andree vom 14. Juli 1933 und Abschriften von Meinungsäußerungen einzelner Zweige Anfang Juli. Archiv am Goetheanum.

blieb ebenso erfolglos.[27] Wie sich im Juni 1933 herausstellte, hatte Pingel im Mai ein idealisiertes Bildnis Hitlers mit einem – übrigens verfälschten Spruch – Rudolf Steiners und dem unzutreffenden Zusatz „Dieser Spruch hängt im Braunen Haus in München über Hitlers Schreibtisch" drucken lassen und in Umlauf gebracht. Es wurde unter anderem bei SA-Festen verkauft.[28]

Im Laufe des Jahres 1934 verließen die Mitglieder nach und nach den Zweig, so daß dieser sich schließlich auflöste. Johannes Pingel trat am 31. Mai 1934 aus der Anthroposophischen Gesellschaft aus.[29]

Es gab auch Äußerungen wie die von Walter Johannes Stein, die – jedenfalls im Spiegel des Presseberichtes – an den Rand einer politischen Stellungnahme kamen:

„[...] Auch war der sehr flüssige und formvollendete Vortrag so aktuell, daß er sogar die gestern Nachmittag im Reichstag gehaltene Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler wiederholt in den Kreis der Betrachtungen zog und sich mit ihr lebhaft beschäftigte. Dies schon aus dem Grund, weil Dr. Stein überhaupt die Staatsform des mussolinischen Italiens und des nationalsozialistisch geführten neuen Deutschlands ausführlich kritisch beleuchtete und zwar – sichtlich zur großen Freude der Zuhörer – in durchaus zustimmendem Sinne [...]. Es ist unmöglich hier in kurzen Auszügen die Gedankengänge des Vortragenden [...] wiederzugeben. Gesagt sei nur, daß sie sich auf weiten Strecken mit den von der Hitler-Bewegung verbreiteten Anschauungen decken [...]."[30]

Insgesamt waren aber solche Äußerungen, wie das völlige Scheitern der Initiative des Aristoteles Zweiges zeigt, keineswegs typisch für die Anthroposophen in Deutschland.

Der Judenboykott vom 1. April und das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April, das unter anderem die Entfernung der „Nichtarier" aus Beamtenstellen vorsah, warfen auch für die Anthroposophische Gesellschaft neue Probleme auf. Sie war davon nicht direkt betroffen, aber dennoch war auch sie im Zuge dieser Gesetze einem allgemeinen Druck ausgesetzt. Alexander Strakosch hatte bereits kurz nach der Machtergreifung den Entschluß gefaßt, aus dem Landesvorstand zurückzutreten. Nachdem am 8. April ein Vorfall dem Vorstand sichtbar gemacht hatte, daß auch auf die Anthroposophische Gesellschaft Schwierigkeiten zukommen würden, gab Strakosch am 30. April seinen Rücktritt bekannt.[31]

Bei dem Vorfall vom 8. April ging es um einen öffentlichen Vortrag von Dr. Manfred von Kries über „Krankheit und Heilung vom Gesichtspunkte der Anthroposophie" in Elbing. Der Elbinger Kulturwart der NSDAP hatte dem

[27] Rundschreiben des Vorstands an die Arbeitsgruppen vom Oktober 1933. Archiv am Goetheanum.

[28] Hermann Poppelbaum an Alfred Reebstein vom 9. Juni 1933. Archiv am Goetheanum.

[29] Archiv am Goetheanum.

[30] Die Seelenlage der heutigen Menschheit, in: Liegnitzer Tagblatt vom 25. März 1933. Archiv am Goetheanum.

[31] Alexander Strakosch an Albert Steffen und an die Mitglieder der Initiativgruppe vom 30. April 1933. Archiv am Goetheanum.

Zweigleiter, Professor Dr. Bruno Ehrlich, aufgrund persönlicher Bekanntschaft mitgeteilt, daß eine SA-Abteilung wegen des „jüdischen Einflusses in der Gesellschaft" gegen den Vortrag vorgehen wollte. Am Vortage hatte ein Parteimitglied sich über den Zweig informiert und, nachdem ihm mitgeteilt worden war, daß es im dortigen Zweig kein nichtarisches Mitglied gebe, die Aktion abgesagt. Der Kulturwart betonte: „Wenn [die Anthroposophische Gesellschaft] sich von den jüdischen Einflüssen freihalten würde, habe sie von den Nationalsozialisten und der neuen Regierung nichts zu befürchten."[32]

Etwas anders als für Strakosch war die Lage für Hans Büchenbacher. Als Frontoffizier des Ersten Weltkrieges wäre er analog zur Regelung für Beamte unter die Ausnahmebestimmung des Gesetzes gefallen, die bei verdienten Frontkämpfern das Verbleiben im Amte gestattete. Aber bereits in der April/Juni-Nummer der Zeitschrift „Anthroposophie" fehlt im Impressum sein Name als Redakteur. Er berichtet jedoch in seinen Erinnerungen, daß Carlo Septimus Picht weiterhin alle wesentlichen Redaktionsprobleme mit ihm besprach. Sein Austritt aus dem Landesvorstand erfolgte erst im Oktober 1934.[33]

Nach dem Rücktritt Strakoschs Ende April 1933 wurden Hermann von Baravalle, Stuttgart, und Martin Münch, Berlin,[34] in den Vorstand der Landesgesellschaft kooptiert.[35] Diese Kooptation hatte aber keine politischen Aspekte. Beide Mitglieder standen der NSDAP fern. Der Grund für diese Zuwahl ergab sich vielmehr aus internen Gründen, beide waren überzeugte Parteigänger der Dornacher Vorstandsmehrheit.

Während der ganzen Zeit wurde die Tätigkeit der anthroposophischen Arbeitsgruppen wie bisher fortgesetzt. Ebenso fanden weiterhin zahlreiche öffentliche Vorträge statt.[36] Die Aufnahme in der Öffentlichkeit war unterschiedlich, oft durchaus positiv, wenngleich sich die nationalsozialistische Presse öfters abfällig äußerte. So schrieb das Mannheimer Hakenkreuzbanner vom 28. April nach einem Vortrag Hermann Poppelbaums über die „Entstehung der Völker und Rassen": „Wir wollen hier nicht mit der Anthroposophie als Geisteswissenschaft rechten, aber ausdrücklich feststellen, daß sie aus einer Weltanschauung herausgewachsen ist, die wir unbedingt ablehnen und deren

[32] Prof. Dr. Bruno Ehrlich an Alfred Reebstein vom 21. April 1933. Archiv am Goetheanum.

[33] Hermann Poppelbaum an Alfred Reebstein vom 21. August 1935. Archiv am Goetheanum.

[34] S. Anlage 24

[35] Rundschreiben der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland an die Arbeitsgruppen und Zweige vom 20. Mai 1933. Archiv am Goetheanum.

[36] Die 1933 gehaltenen Vorträge sind nicht mehr vollständig nachzuweisen. Aus den Mitteilungsblättern und anderen Unterlagen geht hervor, daß damals mehr als 25 Redner unter anderem auch aktuelle Grundfragen wie Deutschtum, Rasse, soziale Not usw. vom anthroposophischen Standpunkt behandelten.

völlige Ausrottung wir uns zum Ziel gesetzt haben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unfug ein rasches Ende bereitet wird."[37]

Vor dem Hintergrund solcher Vorgänge stand die Anthroposophische Gesellschaft vor der Frage, ob sie von den verschiedenen Möglichkeiten Gebrauch machen sollte, Zugang zu höchsten Stellen der NSDAP zu bekommen.

Die Verteidigungsversuche über zentrale Partei- und Regierungsstellen

In München wurde Anfang April 1933 der Arzt für Naturheilkunde Hanns Rascher tätig, für den Nationalsozialismus und Anthroposophie miteinander vereinbar waren. Er war ein „altes" Mitglied, bereits 1908 – 28jährig – in die Theosophische und 1913 in die Anthroposophische Gesellschaft eingetreten, und gehörte 1921 zu den Teilnehmern am ersten Medizinerkurs Rudolf Steiners.[38] Er betrachtete die NSDAP, die er 1928 in München kennenlernte, nicht im üblichen Sinne als eine Partei, sondern sah in ihr eine „Erneuerungsbewegung mit Totalitätsanspruch". Am 1. Dezember 1931 wurde er Parteimitglied. Wie er selbst später berichtete, arbeitete er „vor, während und nach der Machtergreifung" für den Sicherheitsdienst des RFSS (SD).[39] Sein Chef war SS-Hauptsturmführer Hauschild. Da Rascher seine Tätigkeit als anonym und unbeamtet bezeichnete, muß angenommen werden, daß er dem SD Informationen zukommen ließ.

Hauschild stellte verschiedene Fragen zur Anthroposophischen Gesellschaft. Der weitere Verlauf läßt vermuten, daß er diese Fragen nicht – oder nicht nur – aus persönlichem Interesse stellte, sondern daß er dazu beauftragt worden war. Ein Dokument, in dem die einzelnen Fragen festgehalten sind, hat wegen der Diskretion, mit der die Angelegenheit beiderseits behandelt wurde, vermutlich nicht existiert. Aus den Antworten des Dornacher Vorstands auf die Fragen Hauschilds ist jedoch ersichtlich, daß es um die üblichen Pressebe-

[37] Else Hördt, Mannheim, an Alfred Reebstein vom 29. April 1933. Archiv am Goetheanum.

[38] Liste der Teilnehmer für den Kurs vom 11. bis 18. April 1921 in Dornach. Archiv am Goetheanum.

[39] Rascher wurde zu dieser Darstellung im Zusammenhang mit den Erhebungen des Kampfbundes für deutsche Kultur (KfdK) im Amt Rosenberg aufgefordert. Hanns Rascher an den Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, Abteilung Verbände, vom 18. April 1935. Archiv Bund der Waldorfschulen 7. 2. 007. Der SD war 1932 als Nachrichtendienst der Partei in Form einer Unterabteilung der SS von Heinrich Himmler gegründet worde. Dieser überließ Reinhard Heydrich den Aufbau der Organisation. Nach 1933 wurde der SD systematisch ausgebaut. Vgl. Hans Buchheim: Die SS - das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam. in: Anatomie des SS-Staates, Band 1, München, 1967.

hauptungen ging: Rudolf Steiner wäre Jude, Freimaurer, Marxist und okkulter Hellseher gewesen, hätte Moltke beeinflußt und damit den Verlust der Marne-Schlacht verursacht, die Gesellschaft sei international usw. Rascher veranlaßte Hauschild, Ende April oder Anfang Mai 1933 nach Dornach zu fahren, um diese Fragen dem dortigen Vorstand vorzulegen. Er wurde von Paul Eugen Schiller als Vertreter des Vorstands empfangen. Dieser ungewöhnliche Vorgang führte zu der später verschiedentlich so genannten „Denkschrift" des Vorstands vom 20. Mai 1933.[40] Es handelte sich um ein Schreiben, das in Eile vermutlich von Dr. Otto Fränkl mit Unterstützung von Guenther Wachsmuth und Marie Steiner[41] angefertigt wurde. Albert Steffen, 1. Vorsitzender der Gesellschaft, hielt sich in diesen Tagen in Paris auf. Fränkl flog am 19. Mai zu Steffen. Einige Korrekturen wurden von ihm telephonisch mit Marie Steiner abgesprochen, besonders die Passagen, die die Freimaurerfrage betrafen. Am 20. Mai unterschrieb Steffen, dessen Tagebuchnotizen zu diesem Vorgang einen ausführlichen Eindruck seiner Beurteilung der Verhältnisse vermitteln. Er verfolgte aufmerksam die politische Entwicklung in Deutschland, und wenn er sich auch als Vorsitzender nicht öffentlich äußerte, um die Gesellschaft in Deutschland nicht zu gefährden, so tat er dies unzweideutig in seinem Tagebuch.[42] Für ihn handelte es sich bei Hitler und dem Nationalsozialismus um ein Symptom des „Bösen" schlechthin.

In der Denkschrift sollte der Zusammenhang der Anschauungen Steiners mit Themen wie Abstammung, Verhältnis zum Versailler Vertrag, Kriegsschuldfrage, Freimaurertum, Theosophischer Gesellschaft, Marxismus und deutscher Idealismus in zusammengefaßter Form den Machthabern zur Kenntnis gebracht werden. Das erschien notwendig, damit gegen die Anthro-

[40] S. Anlage 1. In den vorhandenen Kopien ist weder Briefkopf noch Anrede erhalten. Das Schreiben beginnt mit den Worten: „Da bei der Anthroposophischen Gesellschaft von einer der NSDAP nahestehenden Seite angeregt wurde [...]." In seinem Rundschreiben vom 14. Juli 1933 betonte der deutsche Vorstand: „Bemerkenswerter Weise ging diese Sache von der Parteibehörde selbst aus, die objektiv genug war, sich die Orientierung in Dornach selbst zu verschaffen." Archiv am Goetheanum. Alfred Reebstein schrieb am 3. Juli 1933 an Friedrich Husemann: „Dazu gebe ich Ihnen auch eine Abschrift der zusammenfassenden Antwort auf eine Reihe von Fragen, für die ein hoher nationalsozialistischer Parteimann bei einem Besuch in Dornach eine schriftliche Beantwortung gewünscht hat." Archiv am Goetheanum. Die dem Schreiben als Anlage beigegebenen Vorträge Steiners stammen aus den Weltkriegsjahren 1914-1916. Sie wurden 1933 in der Zeitschrift „Anthroposophie" und auch als Einzelausgaben von Marie Steiner publiziert. Heute liegen sie zusammen mit anderen unter dem Titel „Aus schicksalstragender Zeit" (GA 64) und „Aus dem mitteleuropäischen Geistesleben" (GA 65) vor. Die ebenfalls beigelegte Schrift des Anthroposophen und Historikers Karl Heyer, „Wie man gegen Rudolf Steiner kämpft", enthält eine Auseinandersetzung mit Gegnern der Anthroposophie bis 1932. Gerade Heyer hatte sich jedoch unmißverständlich schon 1931 in seiner privaten Korrespondenz gegen die Nationalsozialisten geäußert. Vgl. Einleitung.

[41] Marie Steiner, geb. von Sievers (1867-1948). S. Anlage 24.

[42] Vgl. auch Das Goetheanum, Nr. 36, 1994, S. 406, sowie Nr. 50, 1994, S. 556ff.

posophie nicht aus Unkenntnis der Sachlage vorgegangen würde. Die Machthaber sollten also die geschichtliche Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und sich dabei nicht auf Unwissenheit berufen können. So vermerkte Steffen: „Wenn jetzt Verfolgung kommt, so weiß man, sie ist nicht aus Unkenntnis, sondern aus dem Bösen heraus".[43] Steffen nahm naiverweise an, daß auch Hitler selbst diese Erklärungen lesen werde, die damit in Steffens Augen zum Prüfstein zwischen Nationalsozialismus und Anthroposophie werden sollten. An Hitlers Verhalten nach der Lektüre der Denkschrift sollte sein wahres Wesen für alle sichtbar in Erscheinung treten.

Schon am 22. Mai berichtete Schiller aus München über Hauschilds Reaktion auf das „Exposé" (so nannte er es): Was seine Person betraf, hätte er keine Bedenken mehr, wies aber darauf hin, daß bezüglich der Abstammung eine notarielle Beglaubigung vorliegen sollte. Hauschild versicherte, seinem Chef in den nächsten Tagen Bericht zu erstatten.[44] Das mußte bedeuten, daß die Erklärungen des Dornacher Vorstands letztlich Heydrich, vielleicht auch Himmler, unterbreitet wurden. Keinesfalls waren sie – wie vielfach angenommen – ursprünglich Rudolf Hess, bzw. der Reichsgeschäftsstelle der NSDAP, zugedacht.[45]

Rascher bot sich nun dem deutschen Vorstand als Verbindungsmann zur NSDAP an. Hans Büchenbacher hielt sich auf Wunsch seiner Vorstandskollegen vom 21. bis 25. Mai, also in der gleichen Zeit wie Schiller, unmittelbar nachdem Hauschild die Unterlagen aus Dornach erhalten hatte, in München auf, um Raschers Vorschläge zu besprechen. In seinen Erinnerungen schildert Büchenbacher seine von Rascher arrangierte Begegnung mit Hauschild, die um 12 Uhr nachts in einer von schwerbewaffneter SS bewachten Villa des Forstenrieder Parks stattfand.[46]

Büchenbacher grüßte nicht mit „Heil Hitler". In einem eleganten Salon begann bei Kaffee und Zigarren eine zweistündige Unterredung, die in einer scheinbar gelösten Atmosphäre verlief, sobald Hauschild Büchenbacher als alten Frontoffizier aus der Division, in der auch Hitler gewesen war, entdeckt hatte. Das Gespräch wurde acht- oder neunmal von SS-Uniformierten unterbrochen, die ihm Verhaftungsbefehle zum Abtransport in das KZ Dachau zur

[43] Eintragung vom 19. Mai 1933. Archiv Steffen Stiftung.

[44] Paul Eugen Schiller an Albert Steffen vom 22. Mai 1933. Rudolf Steiner Archiv.

[45] Bei Arfst Wagner werden sie als „Denkschrift von Albert Steffen an Parteistellen der NSDAP" bzw. „Brief Albert Steffens an die Gauleitung im Deutschen Reich" ausgegeben. Vgl. Arfst Wagner: Beiträge, NS-Dokumentation, Bd. 1, Rendsburg 1991, S. 9 und S. 33.

[46] Vgl. auch zum folgenden: Hans Büchenbacher, Erinnerungen, PA Christoph Lindenberg.

Unterschrift vorlegten.[47] Büchenbacher war klar, daß er mit diesem Verfahren unter Druck gesetzt werden sollte. Er blieb aber sachlich und ruhig.

Hauschild fragte ihn dann wegen seiner Beziehungen zum königlichen Hof in Schweden, wie er die Chancen des Nationalsozialismus dort beurteile. Büchenbacher fuhr fort: „Ich: ‚Da haben sie keine.' Hauschild: ‚Wieso?' Ich: ‚Sie haben keinen Krieg gehabt, keinen Krieg verloren, haben eine blühende Wirtschaft, die haben so etwas nicht notwendig.' Hauschild antwortete nachdenklich: ‚Vielleicht haben Sie recht.' Nun kam ich zur Sache: ‚Ich glaube, daß ich Ihre liebenswürdige Einladung von heute nacht doch eigentlich dem zuzuschreiben habe, daß ich als Vorsitzender über das Problem der Anthroposophischen Gesellschaft zu reden hätte.' Hauschild: ‚Ja, schon, aber ich bin durch Dr. Rascher ganz im Bild. Es ist jetzt bloß noch folgendes zu besprechen. Ich habe da einen Aktendeckel und darauf steht: Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland, und wenn ich den aufmache, ist nichts drinnen. Ich muß Sie also bitten um ein Verzeichnis ihrer Ortsgruppen, und vor allem um Ihre Statuten.'

Ich: ‚Das Verzeichnis der Ortsgruppen können Sie ohne weiteres bekommen, aber Statuten habe ich augenblicklich keine.'[48] Hauschild: ‚Das kann ich nicht verstehen, das ist doch unmöglich.' Ich: ‚Wie das mehr oder weniger so ist, auch in unserem Verein, waren da mal wieder Parteikämpfe und ein Durcheinander in der Gesellschaft, und ich habe jetzt gerade unseren Verein so einigermaßen wieder zusammengebracht und schaue mir jetzt die Ortsgruppen, wie es da steht, näher an, weil ich nicht Statuten an meinem grünen Tisch machen will, sondern nach Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse.' Hauschild: ‚Das kann ich, offen gesagt, nicht recht verstehen, aber Sie müssen doch anerkennen, Herr Doktor, Sie als öffentlicher Verein müssen doch Statuten haben.' Ich: ‚Jawohl, richtig, ich werde also für diesen Zweck Statuten ausarbeiten mit meinen Vorstandskollegen, allerdings das Sekretariat ist in Karlsruhe, ich in Stuttgart; der eine Vorstandskollege sitzt in Berlin, der andere in Hamburg, und dann muß der Vorstand in Dornach am Goetheanum, der ja der Vorstand der internationalen Anthroposophischen Gesellschaft ist, diese Statuten ge-

[47] Die Inhaftierung in einem KZ war zu dem Zeitpunkt schon geläufige Praxis. Sie geschah aufgrund der Notverordnungen (4., 6., 22. und 28. Februar 1933, 21. und 24. März), die zunächst auf die Zerschlagung der politischen Gegner zielten. In diesem Zusammenhang muß die von Büchenbacher geschilderte Szene gesehen werden. Unter den „weltanschaulichen" Gegnern der NSDAP waren allerdings die „Ernsten Bibelforscher" (Zeugen Jehovas) schon verboten, in Bayern am 13. April 1933. StAN E 9/33/C7/V.

[48] Zur Frage der Statuten: die Initiativgruppe hatte seit ihrer Einsetzung durch Albert Steffen am 26. April 1931 keine Statuten für die deutsche Landesgesellschaft ausgearbeitet. Diese Initiativgruppe nahm zwar Vorstandsfunktionen wahr, wollte sich aber nicht so benennen und schob eine formelle Neugründung der Gesellschaft immer wieder heraus. Die Gesellschaft war damals kein eingetragener Verein. Der mit der „Gleichschaltung" zusammenhängende Druck veranlaßte sie nun, eine offizielle Form zu finden.

nehmigen.' Chef: ‚O Gott, wie lange soll das denn gehen?' Ich: ‚Vielleicht etwa 14 Tage.' Chef: ‚Nun ja, das spielt keine Rolle, sagen wir spätestens in vier Wochen habe ich die Statuten.'

Wir gehen freundlich auseinander. Die von mir gewünschten Statuten bezeichnete ich als ‚Grundsätze für die Arbeit der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland'. Vor meiner Rückreise nach Stuttgart sagte ich zu Dr. Rascher: ‚Jetzt wird es wohl Zeit, daß ich aus dem Vorstand verschwinde, denn ich war ja reichlich ungeniert dem Chef gegenüber.' Rascher: ‚Ganz im Gegenteil, der Chef war begeistert.' Es kam dann die Rede auf die Reaktion Himmlers auf die Bemühungen Hauschilds und Raschers, ihn positiv für die Anthroposophie zu stimmen. Sie sagten zu mir, daß sie bei Himmler damit gar nicht ankommen könnten."

Die Grundsätze, die als Handreichung und als Sprachregelung in der Zeitschrift Anthroposophie veröffentlicht wurden und an die Zweige und Arbeitsgruppen gingen, hatten folgenden Wortlaut:

„Die Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland ist eine öffentliche, freie wissenschaftliche Vereinigung zur Pflege und Förderung der von Rudolf Steiner begründeten Geisteswissenschaft: ‚Anthroposophie'. Diese Wissenschaft ist von Rudolf Steiner entwickelt worden in Anknüpfung und Fortführung der Gedankenwelt und der moralischen Impulse des deutschen Geisteslebens, besonders des deutschen Idealismus eines Fichte, Goethe, Schiller, Hegel. Die Anthroposophie vermittelt Erkenntnisse der in ihrem tiefsten Wesen christlichen Kräfte des deutschen Volksgeistes.

Der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland kann jeder angehören, der die Pflege einer solchen Geisteswissenschaft für notwendig hält, und so auf einem innerlichen Wege an der Erneuerung unserer Kultur aus den Kräften des deutschen Geistes arbeiten will. Sie lehnt jedes sektiererische Bestreben ab. Die Politik betrachtet sie als nicht in ihrer Aufgabe liegend.

Die zentrale Pflegestätte der Anthroposophie ist die Freie Hochschule für Geisteswissenschaft ‚Goetheanum' zu Dornach. Die dort bei der Konstituierung der Anthroposophischen Gesellschaft zu Weihnachten 1923 aufgestellten Prinzipien liegen auch der deutschen Landesgesellschaft zugrunde. Die Leitung der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland und ihre Vertretung nach außen besorgt eine Gruppe tätiger Mitglieder (Initiativgruppe). Für die Abwicklung der geschäftlichen Angelegenheiten (Mitgliederbewegung, Vortragsvermittlung, Beiträge usw.) ist eine Geschäftsstelle in Karlsruhe i.B. eingerichtet."[49]

Die Verbindung mit Hanns Rascher wurde nun in doppelter Weise ins Spiel gebracht. Zunächst bestand die Hoffnung, durch ihn, bzw. durch das Einschreiten einer zentralen Parteiorganisation, die Hetzkampagne einzudämmen. Parteistellen sollten über die Verleumdung aufgeklärt werden und sich in Maßnahmen gegen die Anthroposophie zurückhalten.

Ferner wurde nunmehr Hanns Rascher als Vertrauensmann der NSDAP innerhalb der Anthroposophischen Gesellschaft bezeichnet. Das war notwendig, weil im Zuge der „Gleichschaltung" in den Vorständen aller Vereine Par-

[49] BAD Z/B1 888. Unter dem Titel „Grundsätzliches über die anthroposophische Gesellschaft in Deutschland", in: Anthroposophie, April-Juni 1933, Buch 3, S. 253.

teimitglieder vertreten sein mußten. Damit sollte das Weiterbestehen der Anthroposophischen Gesellschaft gesichert werden.

Guenther Wachsmuth vom Dornacher Vorstand, der seit 1922 in der Schweiz lebte, war an diesen Vorgängen nicht direkt beteiligt, da er sich auf einer längeren Vortragsreise durch Deutschland, die baltischen Länder und Skandinavien befand, war aber durch Schiller auf dem laufenden gehalten worden, denn er schrieb am 13. Juni 1933 an Alfred Reebstein:

„Ich sprach gestern mit Herrn Schiller, der mir die Einzelheiten erzählte und der über das außerordentlich freundliche Entgegenkommen, das er dort gefunden hat, sehr befriedigt war. Es ist doch auch für die Mitglieder wichtig und schön zu wissen, daß man uns von dieser Seite so freundlich entgegengekommen ist, und es ist ja auch wesentlich, sich klar zu machen, daß wir früher von anderen offiziellen Seiten keinerlei Entgegenkommen und Interesse gefunden haben, während man uns heute in dankenswerter Weise entgegenkommt und ja auch vollkommene Wirkens- und Lehrfreiheit außerdem gewährt. Unter einer bolschewistischen oder stock-katholischen Leitung würden wir es ganz gewiß nicht so gut haben."[50]

Es dürften auch diese persönlichen Eindrücke gewesen sein – vor allem die Zusicherung einer ungehinderten öffentlichen Betätigung der Anthroposophischen Gesellschaft –, die Guenther Wachsmuth veranlaßten, sich am 6. Juni in einem Interview der Kopenhagener Zeitung Ekstrabladet in folgender Weise zu äußern:

„Frage: ‚Wie stellt sich die neue Regierung zur Anthroposophie?' Antwort: ‚Wir können uns nicht beklagen. Wir sind mit größter Rücksichtnahme behandelt worden und haben volle Freiheit für unsere Lehre zu wirken [...].' Frage: ‚Wie betrachten die Anthroposophen die nationale Bewegung in Deutschland?' Antwort: ‚Ich äußere mich ungern über Politik. Aber es soll kein Geheimnis sein, daß wir mit Sympathie auf das schauen, was z. Zt. in Deutschland geschieht [...]. Stagnation ist der Tod für alles geistige Leben. Es muß Bewegung da sein und die tapfere und mutige Weise wie die Führer des neuen Deutschlands sich der Probleme bemächtigen, kann, meiner Meinung nach, nur Bewunderung erzwingen. Es wird sicher etwas Gutes dadurch entstehen [...]."[51]

Diese Schlußbemerkung verkannte die Wirklichkeit in vielfacher Hinsicht und kann nur als Ergebnis eines Wunschdenkens gedeutet werden. Zumindest in Dänemark stieß Wachsmuths Auffassung auf den energischen Widerstand des dänischen Generalsekretärs, Johannes Hohlenberg, der daraufhin aus Protest zurücktrat und von Esper Eising abgelöst wurde. Auch an anderen Orten kann Wachsmuth die ihm widersprechende Haltung wichtiger Mitglieder nicht verborgen geblieben sein. Es besteht kein Zweifel, daß Wachsmuth über die kritische Lage der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland informiert war. Er hatte auch materielle Gründe für sein einseitiges Urteil. Als Schatzmeister lag ihm daran, die Gesellschaft in Deutschland nicht zuletzt aus finanziellen Gründen zu erhalten. Die deutschen Mitglieder trugen wesentlich zum

[50] Guenther Wachsmuth an Alfred Reebstein vom 13. Juni 1933. Archiv am Goetheanum.

[51] Arfst Wagner: Beiträge, NS-Dokumentation, Bd. 1, Rendsburg 1991, S. 40f.